

Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten

Von den Folgen irrationalen Handelns marktradikaler Neo-Liberalisten / Der Lehman-Crash führte nach dem 15. September 2008 zunächst zur globalen Bankenkrise und dann sehr schnell zur Weltwirtschaftskrise II / Ein 3. Krisen-Blog *

BERLIN – 25.12.2008 (khd). Heute wissen wir es ganz genau: Die Wähler haben bei der Bundestagswahl 2005 [02] sehr weise entschieden. Sie signalisierten eine linke Mehrheit, die zwar wg. der Politik-Unfähigkeit von Teilen der SPD nicht realisiert werden konnte. Aber sie wählten auch keine kleine Koalition (CDU/CSU + FDP). Und so erhielten sie eine große Koalition (Union + SPD). Alles andere ging nicht – und das war sehr gut so, was aber nicht bedeutet, daß uns diese Koalition besonders gut regieren würde.

Eigentlich wollte damals die Union mit Merkel und die FDP mit Westerwelle sowie dem Professor aus Heidelberg die Wahl gewinnen, um dann energischer neo-liberal (marktradikaler) durchregieren zu können. Wäre das aber tatsächlich passiert, dann sähe es heute nach der internationalen Finanzkrise [04] für Deutschland ganz düster aus. Deutschland hat 2005 mit der Nicht-Wahl einer schwarz-gelben Koalition ein enormes Glück gehabt.

Das reale ‚Wirtschafts-Experiment‘ – die von den USA ausgehende Finanzkrise mit sich anschließender Bankenkrise, die sich dann sehr schnell zur Weltwirtschaftskrise [08] ausweitete, hat seit Herbst 2008 eindeutig und für immer geltend bewiesen: **Wirtschaftliches Handeln nach neo-liberalen (marktradikalen) Regeln („Parolen“ [siehe Seite 2]) führt früher oder später immer ins Verderben von Volkswirtschaften. Der Markt ist nicht in der Lage, massive „Störungen“ selbst auszugleichen.** [13] [19]

1. bis 15. Woche nach dem L-Crash

► 25.12.2008 (khd). Nach 100 Tagen der Beobachtung endete der 2. Krisen-Blog zur Finanzkrise/Wirtschaftskrise [08]. Hatten die Menschen in der Finanzkrise noch Angst ums Geld, fürchten sie nun in der beginnenden Weltwirtschaftskrise um ihren Job – um ihre Lebensgrundlage. Eine soziale Marktwirtschaft ist das kaum noch. Was nur haben diese „Finanzeliten“ angerichtet, und die Politik hat nicht rechtzeitig durchgegriffen [07]. Und es sieht derzeit nicht so aus, daß sich die Staats- und Regierungschefs auf eine wirklich wegweisende neue Welt-Finanzordnung verständigen werden.

Es sei denn, wir Bürger machen ihnen endlich Beine.

Wie es nun weitergeht, soll in dem folgenden 3. Krisen-Blog beschrieben werden, der mit dem 101. Tag in der 15. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über das Ausmaß und die weitere Entwicklung der **Weltwirtschaftskrise II** berichtet werden soll.

15. Woche nach dem L-Crash

► 25.12.2008 (khd/yahoo/d-radio). Führende Kirchenvertreter haben zu Weihnachten an die soziale Verantwortung von Politik, Wirtschaft und jedem Einzelnen appelliert: Ihre **Festpredigten drehen sich vor allem um die Finanzkrise**. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischof Wolfgang Huber, prangerte das Gewinnstreben von Managern an und attackierte den Vorstandschef der Deutschen Bank, Josef Ackermann. Die Deutsche Bank reagiert prompt sehr verärgert auf die Kritik von Bischof Huber, obwohl diese Kritik angesichts des Geschäftsgebarens voll auf gerechtfertigt ist. [16]

► 25.12.2008 (khd/yahoo). Der Professor aus München (vom Ifo-Institut) hat auch eine Weihnachtsbotschaft: Die **Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung** gegen die derzeitige Wirtschaftskrise sind nach seiner Auffassung „begrenzt“. „Die Bundesregierung kann wenig machen“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn Nachrichtenagenturen. Die Probleme seien alle aus dem Ausland gekommen. Derzeit wirkten sich für den Exportweltmeister Deutschland die Exporte als größte Bremse aus. Die Bundesregierung könne jetzt allerdings Vorkehrungen treffen, daß keine Zweitrundeneffekte beim Konsum und bei der Bauwirtschaft auftreten, erläuterte der Wirtschaftsexperte.

► 26.12.2008 (khd/info-radio). Im November ist **Japans Industrieproduktion so stark wie noch nie eingebrochen**. Sie sank innerhalb eines Monats um 8,1 %, im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich sogar ein Minus von 16,2 %. Es ist vor allem die schrumpfende Auslandsnachfrage nach

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügelten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- *Der Markt reguliert sich selbst.*
- *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

japanischen Autos und Elektronik-Produkten, die der japanischen Wirtschaft schwer zu schaffen macht. Die Regierung von Ministerpräsident Taro Aso versucht, mit Zinssenkungen und einem Rekordhaushalt von 88,5 Billionen Yen (700 Mrd. Euro) dagegenzusteuern. Dennoch sind die Prognosen für die kommenden Monate verheerend. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt Japan befindet sich voll auf Kurs zu einer zeitweiligen Deflation.

► 26.12.2008 (khd/info-radio). **Der Deutsche Gewerkschaftsbund** hat vor „politischen Rattenfängern“ für den Fall gewarnt, daß die Parteien die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht politisch und moralisch aufarbeiten. „Wir müssen darüber reden, was in den vergangenen Jahren falsch gelaufen ist und künftig anders gemacht werden muß“, sagte der DGB-Chef Michael Sommer der Nachrichtenagentur AP. Er vermisste bei den demokratischen Parteien eine Auseinander-

setzung darüber. „Wenn sie das nicht leisten sollten, kommen die politischen Rattenfänger.“ Die Menschen wollten eine Debatte haben, wie es zur Krise habe kommen können und wie so etwas künftig verhindert werden könne, sagte Sommer.

► 26.12.2008 (khd/ag/d-radio). Die Bahn-Gewerkschaft Transnet fordert **Milliardeninvestitionen in das deutsche Schienennetz**, um die Wirtschaft anzukurbeln. „Das wäre eine Investition in den Standort Deutschland und eine sinnvolle Maßnahme, um die Konjunktur wiederzubeleben“, sagte heute Transnet-Chef Kirchner. Das bisher von der Bundesregierung geschnürte Konjunkturpaket dagegen sei viel zu klein. Nach Einschätzung der Gewerkschaften hätten erst Investitionen in Höhe von 25 bis 75 Mrd. Euro wirklich einen Effekt. [mehr]

► 27.12.2008 (khd/sp/d-radio). Bei der **Münchner Skandalbank Hypo Real Estate (HRE)** zeichnet sich ein weit größeres Ausmaß kriminellen Handelns ab. Nach Informationen des *Spiegel* gibt es mehrere Strafanzeigen, die HRE-Manager oder deren Familienangehörige und Freunde Insider-Handel vorwerfen. Noch vor der ersten Alarmmeldung des HRE-Konzerns am 15. Januar 2008 sollen diese im großen Stil HRE-Aktien verkauft haben. Inzwischen überprüft die BaFin den Sachverhalt.

► 27.12.2008 (khd/ard). Die Wirtschaftskrise hat auch den **Markt für Altpapier** erreicht. Der Preis für den jahrelang begehrten Wertstoff fiel auf nahezu null. Grund für den Preisverfall ist ein enormer Nachfrage-rückgang, vor allem aus dem Ausland. Auch Kommunen fürchten nun Einnahmeverluste. Der Rückgang von Roh- und Wertstoff-Preisen gilt als Vorbote einer Deflation.

► 28.12.2008 (khd/info-radio). Das **Fehlverhalten deutscher Banken** hat immer verrücktere Folgen: Viele Bauern sind in diesem Herbst auf großen Teilen ihrer Getreideernte sitzen geblieben. „Die Landhandelshäuser haben den Landwirten nicht wie sonst die Ernte im großen Stil aufgekauft, weil die Kredite dafür fehlten“, sagt Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. Dabei sind die Lager weltweit so leer wie seit Jahrzehnten nicht: Dort lagern laut Sonnleitner nur Getreidereserven für etwa 2 Monate. [mehr]

16. Woche nach dem L-Crash

► 29.12.2008 (khd/ard). Deutsche-Bank-Chef Josef **Ackermann („Mr. 25 Prozent“)** zeigt sich reumütig. Er räumte im ARD-

Jahresrückblick ein, die Finanzkrise unterschätzt zu haben. Er habe das „volle Ausmaß“ zunächst nicht gesehen. Deutschlands mächtigster Bankchef verwies erneut darauf, daß der Vorstand der Deutschen Bank auf Bonuszahlungen verzichtete. Dies sei ein Zeichen dafür, „daß wir unsere Mitschuld anerkennen“. [SZ-Kommentar][18]

► 30.12.2008 (khd/ots/info-radio). „Die **Klimakrise ist langfristig gefährlicher als die Weltwirtschaftskrise**. Es drohen Orkane und Überschwemmungen, Klimaflüchtlinge, das Auftauen der Arktis – die Folgen des Treibhauseffektes werden uns schneller ereilen als bislang angenommen.“ Darauf machte heute die Umweltorganisation Greenpeace aufmerksam.

► 31.12.2008 (khd/yahoo/d-radio). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht in der **Wirtschaftskrise ein Argument für Lohnerhöhungen**. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki sagte, die mangelnde Binnennachfrage sei bereits bisher das „Hauptproblem“ gewesen. Jetzt komme die Krise der Weltwirtschaft hinzu, die die deutschen Exporte hart treffe. Er fügte hinzu: „*Noch nie war es deshalb so wichtig wie heute, die Kaufkraft in Deutschland zu stärken.*“ Dazu gehörten auch Lohnerhöhungen. Außerdem müsse es endlich flächendeckende Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro pro Stunde geben.

► 31.12.2008 (khd/yahoo). Die deutschen Volks- und Raiffeisenbanken sehen sich als **Gewinner der Finanz- und Bankenkrise**. „Aufgrund unseres Geschäftsmodells erwachsen uns enorme Chancen“, sagte der Präsident des genossenschaftlichen Bankenverbandes BVR, Uwe Fröhlich, im Interview der Börsen-Zeitung (Jahresschlußausgabe). „*Wir können jetzt unsere Glaubwürdigkeit als verlässliche Partner im Privat- und Firmenkundengeschäft ausspielen.*“ Ziel sei es, nicht nur jene Marktanteile zurückzugewinnen, die die Kreditgenossen an aggressive Wettbewerber wie etwa Auslandsbanken verloren hätten. Es werde auch zusätzliches Wachstum angestrebt. Die Volks- und Raiffeisenbanken verzeichneten allein im Zeitraum September bis Oktober 2008 einen Zuwachs im Kundeneinlagengeschäft von knapp 15 Mrd. Euro.

► 01.01.2009 (khd/sp). In einem deutlichen **Kommentar zur Finanzkrise** beleuchtet Spiegel-Autor Siegfried Kogelfranz die entstandene Situation: Der „Rheinische Kapitalismus“ galt als Wirtschaftsmodell von gestern. Doch die Finanzkrise des Jahres 2008 hat gezeigt, wie wichtig eine Ökonomie ist, die sich

nicht nur am Profit, sondern an den Menschen orientiert. Es sei Zeit für eine Renaissance. [19]

► 02.01.2009 (khd/tsp/info-radio). Der scheidende US-Finanzminister und Ex-Chef von Goldman Sachs Henry Paulson sieht in der Finanzpolitik aufstrebender Wirtschaftsmächte wie China **einen Ursprung der internationalen Finanzkrise**. Das Ungleichgewicht zwischen schnell wachsenden Ländern, die sparten, und Ländern, die Geld ausgaben, seien eine Ursache des Problems, sagte Paulson der *Financial Times*. Die großen Ersparnisse Chinas sowie der erdölexportierenden Länder hätten in Zeiten geringer Inflation, blühenden Handels und großen Kapitalflusses die Renditen weltweit gedrückt. Dies habe die Investoren in risikoreichere Anlagen getrieben. Sie hätten in der Hoffnung auf hohe Gewinne die Risiken mißachtet. Die aus Industrie- und Entwicklungsländern bestehende G20-Gruppe sei das angemessene Forum, Antworten auf die weltweite Krise zu finden.

Mit den „getriebenen“ Investoren lügt sich Mr. Paulson in die eigene Tasche. Er selbst hat zudem einen kardinalen Fehler begangen. Er trägt eindeutig Verantwortung dafür, daß sein Ex-Konkurrent Lehman Brothers nicht wie viele andere Banken in den USA von der Regierung gerettet wurde. Der Lehman-Crash vom 15. September 2008 gilt als Auslöser der weltweiten Bankenkrise sowie der Weltwirtschaftskrise II.

110. Tag nach dem L-Crash

► 03.01.2009 (khd/ftd). Der **Aufschwungs-Theoretiker John Maynard Keynes** ist für die konservative Pariser Zeitung *Le Figaro* der **Mann des Jahres 2009**. Der 1946 gestorbene Brite sei „heute der lebendigste Ökonom des Planeten“, erklärt die Zeitung. Keynes hatte in der **Weltwirtschaftskrise I** nach 1929 den Regierungen zu Ausgaben-Programmen geraten, um so über die Nachfrage die Produktion anzukurbeln.

Auch in der neuen Krise von 2008/09 sind Keynes' makroökonomische Rezepte der staatlichen Marktsteuerung wieder aller erste Wahl, denn alle in Jahrzehnten erforschten modernen Theorien der Wirtschaftswissenschaften taugen nicht zur Bewältigung großer Krisen.

► 03.01.2009 (khd/yahoo/info-radio). Der Euro hat sich nach Ansicht der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Finanzkrise bewährt. Es gebe gute Gründe anzunehmen, daß der **Euro als Schutzschild gewirkt** habe, für diejenigen

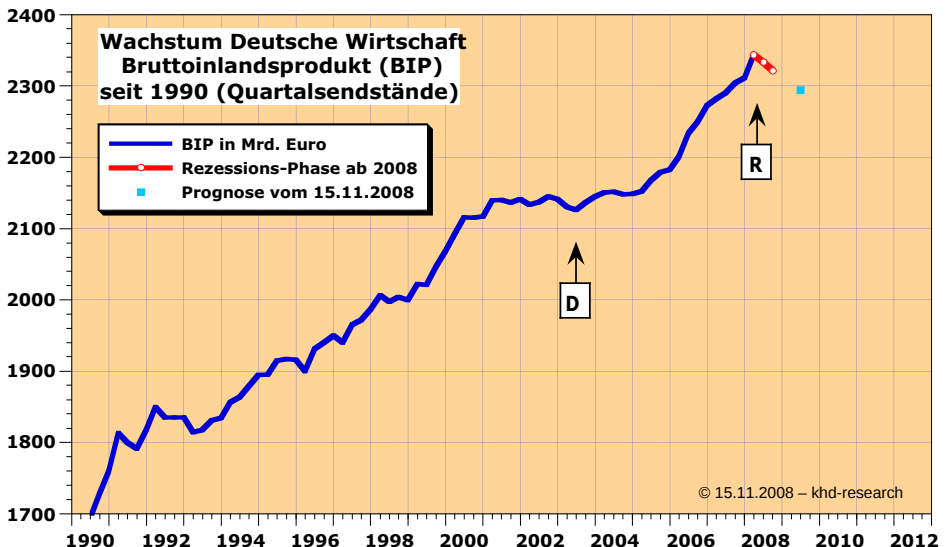
Volkswirtschaften, die die gemeinsame Währung eingeführt hätten, sagte EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark heute dem *rbb-InfoRadio*. Ohne die Gemeinschaftswährung hätten die Staaten des Euro-Raums in den vergangenen Monaten in weit größere Schwierigkeiten geraten können. „Aus der Zeit vor Einführung des Euro wissen wir, daß solche Turbulenzen, wie wir sie jetzt über die letzten Monate und Quartale erlebt haben, immer auch zu erheblichen Spannungen zwischen den europäischen Währungen geführt haben (...) und letztlich auch zu zunehmenden politischen Spannungen. Das ist uns erspart geblieben. Der Euro hat uns in Europa beziehungsweise im Euro-Gebiet vor schlimmeren wirtschaftlichen Auswirkungen geschützt.“

► 04.01.2009 + 05.01.2009 (khd/d-radio). In Berlin beraten Politiker über die **Ausgestaltung eines neuen Konjunkturprogramms** in Höhe von bis zu 50

Mrd. Euro. Eine Entscheidung ist aber noch nicht zu erwarten.

17. Woche nach dem L-Crash

► 05.01.2009 (khd/info-radio). Der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) und jetzige Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ottmar Issing, sieht **erste Anzeichen für eine Stabilisierung der Finanzkrise**. Die Hinweise für eine Entspannung der Lage „sind aber noch nicht auf breiter Ebene angekommen“, sagte Issing heute der in Köln erscheinenden Wirtschaftszeitung *Aktiv*. Diese Zeitung wird unter dem Dach des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) produziert. Derzeit kann laut Issing noch nicht ausgeschlossen werden, „daß die eine oder andere Zeitbombe weitere Erschütterungen auslöst“.



▲ **Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit 1990.** Der Rückgang der Wirtschaftsleistung begann bereits im 2. Quartal 2008 (R). Die Hauptursachen dafür sind der Rückgang des Exports aufgrund der globalen Finanzkrise und eine viel zu geringe Binnen-Nachfrage. Zu erkennen ist auch, daß es sich 2003 lediglich um eine kleine Konjunkturdelle handelte (D). Die aktuelle Rezession (R) wird kräftiger ausfallen, zumal das Konjunkturprogramm der Bundesregierung zu mager ausgefallen ist. Die Daten stammen von der Deutschen Bundesbank (Zeitreihe JB5000). (Grafik: Datum siehe Inset – khd)

► 06.01.2009 (khd/d-radio). Die Finanzkrise hat in **Deutschland ein erstes Selbstmordopfer** gefordert. Nachdem der 74-jährige Pharma-Milliardär Adolf Merckle (u. a. Ratiopharm, Phoenix) um 1 Mrd. Euro durch die Krise verloren hatte und sein Firmen-Imperium (VEM-Holding) in Schieflage geraten war, warf er sich gestern bei Ulm vor einen Zug und wurde getötet. Seine Familie erklärte dazu: „Die durch die Finanzkrise verursachte wirtschaftliche Notlage seiner Firmen und die damit verbundenen Unsicherheiten der letzten Wochen sowie die Ohnmacht, nicht mehr handeln zu können, haben den leidenschaftlichen Familienunternehmer gebrochen, und er hat sein Leben beendet.“ Merckle war einer der reichsten Deutschen und zählte zu den 100 reichsten Menschen der Welt.

► 06.01.2009 (khd/info-radio). Nach Berechnungen der Allianz sollen 2008 die **Deutschen 110 Mrd. Euro in der Finanzkrise verloren** haben. Wer das Geld nun hat, geht nicht aus der Studie hervor. Wir wissen ja: Die eigentlich interessanten Fragen beantworten Studien meistens nicht, und Journalisten haken allzuoft nicht nach . . .

► 07.01.2009 (khd/ag/info-radio). Die **Konjunkturlaute hat im Großhandel für den stärksten Umsatzeinbruch seit 6 Jahren gesorgt**. Im November sanken die Einnahmen um 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt heute mitteilte. Preisbereinigt (real) gab es ein Minus von 3,2 %. Der Einbruch verdeutliche, daß die Finanzkrise die Realwirtschaft „in ihrer ganzen Breite zu erfassen droht“, sagte der Präsident des Branchenverbandes BGA, Anton Börner. Die Flaute spürten im November vor allem die Großhändler von Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör. Ihr Umsatz brach um 11,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat ein.

► 07.01.2009 (khd/d-radio). Die heute veröffentlichten **Arbeitslosenzahlen für Dezember 2008** zeigen bereits einen überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland. [21]

► 07.01.2009 (khd/info-radio). Nach der Eskalation im Energiestreit zwischen Rußland und der Ukraine ist – trotz des harten Winters mit bis zu –30 Grad – die **Erdgasversorgung in weiten Teilen Europas lahmgelegt**. Vor allem Südost-Europa ist davon betroffen. Die deutschen Gasimporteure EON-Ruhrgas und VNG bestätigten, daß kein Erdgas mehr aus der durch die von Rußland durch die Ukraine führende Pipeline komme.

► 08.01.2009 (khd/tsp/d-radio). Die **britische Notenbank hat den Leitzins auf ein historisch niedriges Niveau gesenkt**. Die Bank von England kappte den Schlüsselzins um einen halben Prozentpunkt (gemeint sind damit 0,5 % absolut) auf 1,5 %. So niedrig war der Zins in der über 300-jährigen Geschichte der altehrwürdigen Bank noch nie. Es wird erwartet, daß Mitte Januar auch die EZB zur Bekämpfung der Deflationsgefahr den Leitzins weiter absenken wird.

► 08.01.2009 (khd/d-radio). Die Bundesregierung arbeitet angesichts des Versagens der Banken an einem **Rettungsschirm („Deutschland-Fonds“) für Unternehmen**, die in der Finanzkrise kaum noch Kredite von Banken erhalten. Angedacht ist ein Volumen von 100 Mrd. Euro. Es wird bezweifelt, daß dieses ausreichend sei.

► 08.01.2009 (khd/d-radio). Die **Fusion von Dresdner Bank und Commerzbank steckt in Schwierigkeiten**. Deshalb wurde jetzt die Commerzbank teilverstaatlicht. Der Bund wünscht die Fusion und übernimmt 25 % + 1 Aktie der Commerzbank, womit er über die Sperrminorität verfügt. Dafür erhält die Commerzbank weitere 10 Mrd. Euro aus dem staatlichen Banken-Rettungsfonds. [22]

► 08.01.2009 (khd/ard). Heute am späten Abend lief in der ARD der **Dokumentarfilm „Der große Rausch“** von Stephan Lamby. Sein Protagonist: Geraint Anderson, besser bekannt als der „City Boy“. Dieser 35-jährige Ex-Investmentbanker der deutschen Investmentbank Dresdner Kleinwort gilt den einen als Mahner vor dem Casino-Kapitalismus, seinen Kollegen als größter Nestbeschmutzer aller Zeiten. Denn er packte aus, wie es tatsächlich am Finanzplatz London zugeht. Der ehemalige Analyst Anderson prangert insbesondere Hedgefonds-Manager an, die immer wieder Gerüchte streuen, um nach der Marktreaktion abkassieren zu können.

► 09.01.2009 (khd/info-radio). Die Deutsche **Postbank wird wegen der Finanzkrise im Jahr 2008 sehr tiefe Zahlen schreiben**. Im 4. Quartal habe es weitere Ergebnis-Belastungen gegeben, teilte die Postbank heute in Bonn ihren Investoren mit. Bislang war die Postbank für das Gesamtjahr 2008 von einem Vorsteuergewinn von 1,2 Mrd. Euro ausgegangen. Dennoch hält die Deutsche Bank an ihren Übernahmeplänen im Hedge-Fonds-Stil fest. Die Postbank-Manager haben sich total verzockt und dann offensichtlich auch noch den Durchblick verloren. Andererseits verärgern sie ständig ihre

Kunden durch unsinnige Einsparungen wie beispielsweise den Durchschlag für den Kunden bei Überweisungsformularen.

► 09.01.2009 (khd/info-radio). Der Premium-Porzellanhersteller **Rosenthal ist nach 130 Jahren Firmengeschichte pleite**. Das ist eine Folge der Marktkonzentration durch die Globalisierung sowie der Finanzkrise. Rosenthal gehört seit 1998 zu 90,7 % dem irischen Konzern Waterford Wedgwood, der bereits am Montag (5.1.2009) seine Zahlungsunfähigkeit erklären mußte. Waterford Wedgwood war in den vergangenen Jahren durch die Konkurrenz preiswerteren Porzellans und Kristalls aus Asien in die Schieflage geraten. Die Finanzkrise und der schwache Dollar sorgten für eine weiter nachlassende Nachfrage.

► 10.01.2009 (khd/info-radio). **In Spanien ist die Wirtschaftskrise besonders stark ausgefallen**. Das liegt vor allem an der wirtschaftlichen Monokultur (Baugewerbe + Tourismus). Ende 2008 waren 3,1 Mio. Spanier arbeitslos, was einer Quote von 13,4 % entspricht und in der EU (Durchschnitt: 7,8 %) Rekord darstellt. In Deutschland lag die Arbeitslosenquote Ende 2008 bei „nur“ 7,4 %. [27]

► 10.01.2009 (khd/info-radio). Auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA, Nürnberg) **Weise befürchtet nun bis zu 4 Mio. Arbeitslose**. Laut Weise reichen die derzeitigen BA-Rücklagen von 17 Mrd. Euro für 1 1/2 Jahre Krise.

► 10.01.2009 (khd/tsp). Hessens SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel hat Ministerpräsident Roland Koch (CDU) im hessischen Wahlkampf eine **Mitverantwortung für die Finanzkrise** gegeben. „Ich warne davor, zu den alten Strukturen zurückzukehren, die die Ursache für die Krise sind. Genau dafür steht Roland Koch. Er ist ein Marktradikaler. Er ist Lobbyist für Ellenbogen und Egoismus“, sagte Schäfer-Gümbel der Frankfurter Rundschau (10.1.2009). Koch gehöre zu den „geistigen Vorbereitern all dessen, was uns in die Krise geführt hat“. Die empörte CDU wies die Kritik als absurd zurück.

Natürlich ist die Kritik nicht absurd, denn die reichlich belegbare (wiss.) Wahrheit ist: Die allermeisten Politiker der CDU (z. B. Merz & Co.), CSU und FDP (z. B. Westerwelle & Co.) sowie auch einige SPD-Leute (allen voran Gerhard Schröder) haben sich seit Anfang der 1990-Jahre immer weiter von der erfolgreichen **Sozialen Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung** entfernt und das völlig freie Spiel der Marktkräfte, die ‚für alle auch so vorteilhafte‘ Globalisierung

sowie die ‚sowieso alles regelnde‘ Privatisierung gepriesen und propagiert sowie in ihrem Handeln intensiv befördert.

Diese neo-liberale Markt-Hypothese ist durch die Realität von 2008 restlos – und für alle Zeiten – widerlegt worden. Jedwede marktradikale Wirtschaftspolitik ist eindeutig (wie wir Mathematiker und System-Theoretiker sagen) falsch. Sie ist nur eine nicht von der Ratio bestimmte Ideologie. Und deshalb sind all diese falsch handelnden Politik-Figuren Wegbereiter der Finanzkrise und der Weltwirtschaftskrise II. Sie tragen eindeutig Mitverantwortung – auch der Sekundär-Politiker Koch. So wird es in künftigen Geschichtsbüchern zu lesen sein. Dort wird auch zu lesen sein, daß damals marktradikale Politik durch eine Mehrheit der Journalisten in den Medien beklatscht und regelrecht ‚hochgeschrieben‘ worden ist.

Und noch etwas: Der SPIEGEL berichtete im Artikel „Cash im Casino“ [23] bereits im September 2004 – das war immerhin 4 Jahre vor dem Lehman-Crash – über den Casino-Kapitalismus und die Großstil-Zokereien bei deutschen Banken, allen voran bei der Deutschen Bank unter Ackermann. Auch warnte damals das Nachrichtenmagazin vor einem Zusammenbruch des Finanzsystems. Hat irgendjemand damals von einem Aufschrei deutscher Politiker gehört, der zu einer verschärften Regulierung der Banken führte?

► 11.01.2009 (khd/tsp). **Auf die Hypo Real Estate kommen Schadenersatz-Forderungen** von Anlegern in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu. Entsprechende Klagen werden beim Landgericht München eingereicht, teilt die Kanzlei Rotter mit. Die Kläger werfen der Münchner Skandalbank vor, ihre wirtschaftliche Situation völlig falsch dargestellt zu haben.

18. Woche nach dem L-Crash

► 12.01.2009 (khd/sp). Im aktuellen SPIEGEL wird über „**Staatliche Steuerflucht**“ berichtet (Heft 3/2009, Seite 70–71). Danach nutzt(ten) ausgerechnet die Landesbanken wie die hessische HeLaBa, die HSH Nordbank, die BayernLB, WestLB und die SachsenLB die Vorteile der Steueroasen Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Irland, Kanalinseln Jersey und Guernsey, Bermudas, Cayman Islands in der Karibik oder die Marshall-Inseln im Pazifik, um dort ganz ungehindert von deutschem Fiskus und Aufsichtsbehörde BAFin lukrative Geschäfte zu machen.

Allein diese Tatsache zeigt die Verlogenheit deutscher Politik. Es wäre für die Bundesregierung ein leichtes gewesen, solche volkswirtschafts-schädlichen Praktiken bei halbstaatlichen Banken schon vor Jahren nachhaltig zu stoppen. Das ist genau der Stoff der Bundesbürger zu Nicht-Wählern macht. Geißelt doch ein Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) unentwegt die Praktiken in Steueroasen, hat aber bislang keine Verschärfung der Gesetze vorgelegt. Andererseits müssen jetzt die meisten dieser Landesbanken in der Finanzkrise mit Steuermilliarden vor einem Kollaps gerettet werden.

► 12.01.2009 (khd/d-radio). Die **Wirtschaftskrise läßt die Zahl der Flüge zunehmend sinken**. Von Oktober bis Dezember 2008 wurden 4,7 % weniger Starts, Landungen und Überflüge kontrolliert als im Vorjahr, wie die Deutsche Flugsicherung (DFS) heute in Langen bei Frankfurt am Main mitteilte. Der Anteil der Billigflüge dagegen stieg auf ein Viertel (25,8 %), vor 8 Jahren lag ihr Anteil noch unter 5 %.

► 12.01.2009 (khd/dw). Am **russischen Arbeitsmarkt macht sich die Finanzkrise immer deutlicher bemerkbar**. Allein in der Hauptstadt Moskau habe sich über die Neujahrsferien die Zahl der Menschen auf 290.000 verdoppelt, deren Stelle bedroht sei oder die sie bereits verloren hätten, sagte der Chef des örtlichen Gewerkschaftsbundes, Michail Nagaitsev, heute einem Moskauer Radiosender. In Rußland werden soziale Unruhen befürchtet. 2008 waren offiziell rund 5 Millionen Russen arbeitslos, was sich in diesem Jahr leicht verdoppeln könnte.

► 12.01.2009 (khd/yahoo/d-radio). Es ging dann alles schneller als gedacht. Der große Koalitionsausschuß einigte sich heute Abend in Berlin auf ein **2. Konjunkturpaket mit einem Volumen von rund 50 Mrd. Euro** und einer Laufzeit von 2 Jahren. Das Programm sieht Investitionen in die Bildung und Kommunen sowie eine Entlastung der Bürger vor, hieß es nach der Sitzung. Weitere Maßnahmen seien im Arbeitsmarktbereich, so etwa zur Förderung der Kurzarbeit, vorgesehen. Geplant sei auch ein einmaliger Kinderbonus. Zudem einigte sich der Koalitionsausschuß auf eine einmalige Abwrackprämie für Kraftfahrzeuge in Höhe von 2500 Euro. Im 2. Konjunkturpaket sind unter anderem 18 Mrd. Euro Investitionen, und eine gleichhohe Summe für Entlastungen bei Steuern und Abgaben vorgesehen [Einzelheiten siehe Karten auf Seite 8]. [24]

► 12.01.2009 (khd/d-radio). Die Große Koalition vereinbart auch einen **Rettungsschirm für Unterneh-**

men. Dazu soll ein Bürgschaftsprogramm mit einem maximalen Volumen von 100 Mrd. Euro aufgelegt werden, um die bestehenden Probleme bei der Kreditversorgung zu beheben. Das Bürgschaftsprogramm soll über die KfW-Bank abgewickelt werden.

120. Tag nach dem L-Crash

► 13.01.2009 (khd/info-radio). Die **Finanzkrise hat auch ihre guten Seiten**. Die meisten Heuschrecken (Finanzinvestoren) stecken in großen finanziellen Nöten. So auch die Zeitungsmacher-Nieten der britischen Mecom-Gruppe unter der Führung eines David Montgomery. Heute notverkaufte diese hochverschuldete Heuschrecke den erst vor gut 3 Jahren von der Holtzbrinck-Gruppe übernommenen Berliner Verlag mit allen Zeitungen an den Kölner Familienbetrieb DuMont-Schauberg für nur 152 Mio. Euro.

Damit sollte Berlins größte Abo-Zeitung – die Berliner Zeitung – wieder in ruhiges Fahrwasser gelangen. Die Quintessenz: Qualitätsjournalismus und Finanzinvestierte mit 25%-Rendite-Anspruch vertrauen sich nicht!

► 13.01.2009 (khd/standard.at). **In China dreht sich die Abwärtsspirale beim Außenhandel immer schneller**. Im Dezember 2008 fielen im 2. Monat in Folge die Exporte der drittgrößten Handelsmacht der Welt um 2,8 % unter den Wert des Vorjahresmonats auf 111,2 Mrd. Dollar (84 Mrd. Euro). Besonders bitter für das Ausland, das sich Hoffnungen auf den Absatzmarkt China macht, ist der rasante Rückgang der Einfuhren. Im Dezember brachen die Einfuhren um 21,3 % auf 72,2 Mrd. Dollar ein. Im November 2008 waren die Ausfuhren mit 114,9 Mrd. Dollar erstmals seit 2001 geschrumpft.

► 13.01.2009 (khd/die_presse/d-radio). **In Lettland kommt es zu Protesten und Unruhen** wg. der Wirtschaftsmisere und der Erhöhung von Steuern. In der Hauptstadt Riga hat sich die Wut darüber im Anschluß an eine Großkundgebung in der Nacht auf Mittwoch (14.1.2009) in schweren Krawallen entladen.

Im Internet kursierten Aufrufe, Chaos auszulösen und einen „gewaltsamen Umsturz“ herbeizuführen. Die Polizei hatte höchste Alarmstufe ausgegeben und schritt drastisch ein, als nach Auflösung der Demonstration einzelne Gruppen begannen, zum nahe gelegenen Parlamentsgebäude vorzudringen. Die Massenproteste waren eine Reaktion auf die harsche Kri-

Eckpunkte des deutschen Konjunkturprogramms II

Das 50-Milliarden-Euro-Paket vom 12.1.2009^{1,2}

1. **Investitionen:** Kernstück ist ein öffentliches Investitions-Programm im Volumen von rund 17,3 Milliarden Euro. Das Geld fließt in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, aber auch in die Sanierung von Verkehrswegen und anderen öffentlichen Gebäuden. Der Bund zahlt 10 Milliarden Euro für kommunale Investitionen und 4 Milliarden Euro für direkte Investitionen. Die Länder sollen 3,3 Milliarden Euro beisteuern. Damit Investitionen rasch greifen, wird das Vergaberecht für Aufträge gelockert.
2. **Steuern*:** Ab 1. Januar 2009 gilt rückwirkend: Der Einkommensteuersatz sinkt von 15 auf 14 %. Der steuerfreie Grundfreibetrag wird um 170 Euro auf 7834 Euro angehoben. „Als Einstieg in einen Abbau der ‚kalten Progression‘ werden die übrigen Tarifeckwerte (...) um 400 Euro nach rechts verschoben“, heißt es. Zusätzlich soll ab 2010 der Grundfreibetrag auf 8004 Euro steigen. Die Tarifeckwerte rücken dann weitere 330 Euro nach rechts. Insgesamt entlastet der Staat die Bürger dadurch nach den Berechnungen der Koalition 2009 um 2,9 Milliarden Euro und im folgenden Jahr um 6,05 Milliarden Euro.
3. **Abgaben*:** Der seit dem 1. Januar 2009 einheitliche Beitragsatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent – paritätisch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie werden dadurch zusammen bis Ende 2010 um 9 Milliarden Euro entlastet. In gleicher Höhe steigt der Steuerzuschuß des Bundes an die Krankenkassen.
4. **Familien:** Für jedes Kind wird ein einmaliger Bonus von 100 Euro gezahlt. Außerdem bekommen Hartz-IV-Empfänger ab Juli je Kind von 6 bis 13 Jahren rund 35 Euro mehr im Monat.
5. **Automobilindustrie 4*:** Zur Unterstützung der Autoindustrie hat sich die Koalition auf eine „Umweltprämie“ geeinigt. Wer einen Neuwagen kauft und dafür ein mindestens 9 Jahre altes Fahrzeug verschrottet, das mindestens 1 Jahr auf den aktuellen Besitzer zugelassen war, erhält 2500 Euro. Die Prämie gilt für Zulassungen bis Ende 2009. Dafür veranschlagt der Bund Kosten von 1,5 Milliarden Euro. Die Unternehmensberatung PWC erwartet dadurch etwa 300.000 zusätzlich verkaufte Autos. Die Kfz-Steuer soll zum 1. Juli 2009 vom Hubraum auf den Schadstoffausstoß umgestellt werden. Für die Entwicklung umweltfreundlicher Motoren ist eine verstärkte Förderung vorgesehen.
6. **Export:** Generell wird für die Exportwirtschaft die Erweiterung der Möglichkeiten zur bundesgedeckten Exportfinanzierung geprüft.
7. **Mittelstand:** Das Zentrale Innovations-Programm Mittelstand (ZIM) wird um 450 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Die Förderung wird bundesweit auf Firmen mit bis zu 1000 Beschäftigten ausgedehnt.
8. **Breitbandtechnologie*:** Der Ausbau der Breitbandverkabelung für das Internet wird beschleunigt. Bis Ende 2010 sollen alle bislang nicht versorgten Gebiete über leistungsfähige Breitbandanschlüsse verfügen.
9. **Rettungsschirm für Unternehmen:** Zur Absicherung von Krediten an Großunternehmen wird der Bürgschaftsrahmen des Bundeswirtschaftsministeriums für Inlandsdarlehen von bisher 25 auf 100 Milliarden Euro aufgestockt. Eine direkte Staatsbeteiligung an Firmen ist nicht vorgesehen. Die Bedingungen des Sonderprogramms bei der staatlichen Förderbank KfW werden flexibel.
10. **Kurzarbeit und Beschäftigung:** Um Entlassungen zu vermeiden, soll Kurzarbeit attraktiver werden. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erstattet den Arbeitgebern die Hälfte der auf Kurzarbeit entfallenden Sozialbeiträge. Für Zeiten der Qualifizierung können auf Antrag die vollen Sozialbeiträge erstattet werden. Auf die BA kommen allein dadurch nach Berechnungen des Bundes Mehrausgaben in 2009 und 2010 in Höhe von 2,1 Milliarden Euro zu. Finanziert wird dies aus den Milliarden-Rücklagen der Behörde. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, der bis Mitte 2010 bei 2,8 % liegt, wird mindestens bis Ende 2010 auf dieser Höhe stabilisiert. Dazu wird eine „Ausgleichsverpflichtung des Bundeshaushalts“ festgelegt. Dies bedeutet, daß der Bund in jedem Fall mit einem Darlehen einspringen muß, wenn der BA das Geld ausgeht und der Beitragssatz eigentlich steigen müßte. Die Koalition hat dafür 2010 ein Darlehen von 1 Milliarde Euro eingeplant.
11. **Schuldengrenze:** Zur Begrenzung der Staatsverschuldung haben Union und SPD die Schaffung einer wirksameren Schuldenbremse im Grundgesetz vereinbart. Gesamtstaatlich sollen nur noch neue Schulden von bis zu 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erlaubt sein. Das wären derzeit etwa 12,5 Milliarden Euro.
12. **Tilgungsfonds:** Die Schulden für Investitionen sollen mit einem Tilgungsfonds abgezahlt werden. Dieser Fonds ist nicht Bestandteil des normalen Bundeshaushalts³.

¹ Dieser Regierungsplan darf sich nun auch offiziell „Konjunkturprogramm“ nennen.

² Die mit einem * markierten Punkte gehören eigentlich nicht in ein Programm zur *schnellen* Ankurbelung der Konjunktur (Deflations-Abwehr).

³ Denn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) möchte nicht als Rekord-Schuldenmacher in die Geschichte eingehen.

⁴ Vor allem die von der SPD eingebrachte 1,5 Mrd. Abwrackprämie (Punkt 5) ist absolut kontraproduktiv, zumal es ja noch den Rettungsschirm für Unternehmen (Punkt 9) geben wird. Was nutzt es der Auto-Industrie hierzulande, wenn Bürger billigere Neuwagen aus Fernost kaufen.⁵ Außerdem hat die deutsche Auto-Industrie insgesamt ein Überkapazitätsproblem (ca. 45 %), muß also sowieso schrumpfen.

⁵ Nach der für sie erfolgreichen Hessen-Wahl (18.1.2009) fordert die FDP die Rücknahme der Abwrackprämie, was aber nicht mehr ging, da sie bereits Verordnung geworden war. Dennoch wurde diese Prämie ein Publikumserfolg. Und Ende März 2009 zeichnet sich ab, daß die schuldenfinanzierten 1,5 Mrd. Euro für die Abwrackprämie bereits im April aufgebraucht sein werden. Die Mittel sollen nun aufgestockt werden, was als „Wahlkampf durch den Auspuff“ (FDP) und „Subvention für nur eine Branche“ kritisiert wird. Wo bleiben nun die Abwrackprämien für Waschmaschinen und ...?⁶

⁶ Und als dann ab Herbst 2009 die FDP mitregierte, sorgte sie gleich für weitere Subventionen. Ab 2010 soll für Hotel-Übernachtungen der Mehrwertsteuersatz von 19 auf 7 % gesenkt werden, was ein Milliardenloch in den Bundeshaushalt reißen wird.

senpolitik, mit der die Mitte-Rechts-Regierung auf den Zusammenbruch der lettischen Wirtschaft reagierte.

Die Regierung hatte Haushaltskürzungen um bis zu 25 % beschlossen. Im öffentlichen Bereich wurden die Löhne um 15 % gesenkt, die Mehrwertsteuer stieg zu Jahresbeginn von 18 auf 21 %, der reduzierte Mehrwertsteuersatz wurde von 5 auf 10 % verdoppelt und dessen Anwendung stark eingeschränkt. Nach Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten, hauptsächlich durch Konsum auf Pump, rechnet die Regierung für 2009 mit einem Fall der Wirtschaftsleistung (BIP) um 5 %, die Arbeitslosigkeit soll auf über 10 % anwachsen.

Nur ein vom Internationalen Währungsfonds, der EU und den skandinavischen Nachbarn zusammengestelltes Hilfspaket mit Krediten von 7,5 Mrd. Euro rettete Lettland kurz vor Weihnachten vor dem Bankrott.



▲ **Josef Ackermann, 2004 im Untreue-Prozeß wg. Mannesmann noch siegesgewiß. Nun aber hat sich der marktradikale Chef der Deutschen Bank total verzockt . . .** (Foto: 2004 – nm)

► 14.01.2009 (khd/info-radio). Bank-Chef Josef Ackermann führte die **Deutsche Bank 2008 in ganz tiefrote Zahlen**. Allein im 4. Quartal beträgt der Verlust der größten deutschen Bank 4,8 Mrd. Euro. Übers Gesamtjahr 2008 ergibt sich ein Verlust von etwa 3,9 Mrd. Euro (vorläufige Zahlen). Da im Jahr 2007 noch ein Gewinn von 6,5 Mrd. Euro gemacht wurde, ist das ein Rekord-Absturz um 10,4 Mrd. Euro. Josef Ackermann sei „sehr enttäuscht“, hieß es. Die Tage eines ‚Glücksspielers‘ Ackermann sollten damit endgültig gezählt sein, will er doch trotz des Desasters eine (kleine) Dividende für 2008 an seine ‚Shareholder‘ zahlen. Das 2008-Ergebnis der Deutschen Bank bestätigt nun die Feststellung des britischen *Economists* von 2004, wonach Deutschlands Bank-Primus zu einem „riesigen Hedgefonds“ verkommen sei. [25]

► 14.01.2009 (khd/welt.de). Der Milliardenverlust der Deutschen Bank hat **an den europäischen Börsen heute Schockwellen ausgelöst**. Die Deutsche Bank hat unter den Börsianern Angst und Schrecken verbreitet. Finanzwerte brechen auf breiter Front ein. „Die Zahlen der Deutschen Bank waren ein Paukenschlag“, erklärte NordLB-Händler Matthias Melms. „Daß die Deutsche Bank so schlecht abgeschlossen

hat, ist schon beängstigend.“ An den Aktienmärkten wurden Kurse einiger Finanzwerte um mehr als 10 % gedrückt.

Dieser 14. Januar könnte sich einmal als Startzeitpunkt einer Beschleunigung der Deflations-Abwärtsspirale herausstellen, denn die psychologische Bedeutung des eklatanten Versagens der größten deutschen Bank darf nicht unterschätzt werden. Übrigens, Josef Ackermann (60) erlitt noch am Abend des 14. Januar einen Kreislaufkollaps. Auch bei ihm selbst dürfte die Psyche angesichts seiner „1000 inneren Widersprüche“ nicht mehr mitgespielt haben.

► 14.01.2009 (khd/d-radio). Es mehren sich die Anzeichen, daß der **Bund bei der Hypo Real Estate als Mehrheitsaktionär** einsteigen wird. Offensichtlich ist diese Hypotheken-

Bank nur noch durch eine schnelle Verstaatlichung zu retten. Wir haben ähnliches ja schon in den USA bei Fannie Mae und Freddie Mac gesehen.

► 14.01.2009 (khd/d-radio). **Deutschland steht vor der schwersten Rezession** seit Gründung der Bundesrepublik. Im 4. Quartal 2008 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Abschätzungen des Statistischen Bundesamts um bis zu 2,0 % gegenüber dem 3. Quartal 2008. Die Prognosen für die deutsche Wirtschaft sind sehr düster: Volkswirte erwarten einen Rückgang des BIPs von 2 bis 3 % gegenüber 2008 – manche sogar –4 %. Das wäre dann der stärkste Einbruch seit dem 2. Weltkrieg.

► 14.01.2009 (khd/ftd/d-radio). Das **Konjunkturpaket II hat seinen Preis**: Finanzminister Steinbrück erwartet für 2010 ein Staatsdefizit von mehr als 4 %, was deutlich über dem EU-Limit von 3 % läge. Deshalb hält der SPD-Politiker eine große Steuerreform auf lange Sicht für nicht finanzierbar. Die Große Koalition will nun eine strenge Schuldenregel ins Grundgesetz schreiben. Maximal 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) soll die Staatsverschuldung künftig nur noch pro Jahr betragen dürfen – wohl aber erst ab 2015 und nur in „konjunkturellen Normallagen“.

5. Monat nach dem L-Crash

► 15.01.2009 (khd/hbl). Andrew Smith, Chefvolkswirt der Beratungsgesellschaft **KPMG erwartet eine längere Krise**, zu deren Bekämpfung auch völlig „unkonventionelle Maßnahmen“ nötig werden könnten. So könnten die Notenbanken beispielsweise ankündigen, daß die Leitzinsen auf absehbare Zeit sehr niedrig bleiben werden, um damit die langfristigen Erwartungen und die langfristigen Zinsen zu stabilisieren. [26]

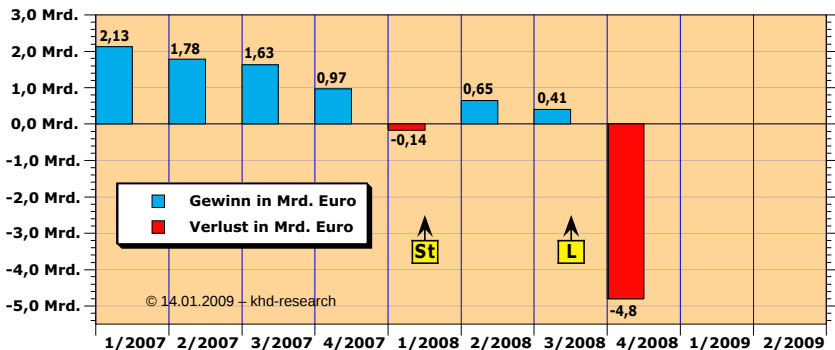
► 15.01.2009 (khd/d-radio). Die **Europäische Zentralbank (EZB) senkt erneut den Leitzins** – diesmal um absolut 0,50 % auf 2,00 %. Und das bedeutet, daß die kompetenten EZB-Bankiers in Frankfurt am Main die weiter gestiegene Deflationsgefahr sehr ernst nehmen – so ganz anders als die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturpaket II [siehe Kasten auf Seite 8], bei dem von der Großen Koalition extra eine monatelange Vorlaufzeit eingeplant ist.

Das ist eine Verzögerung, die für die akute Bekämpfung einer sich überdeutlich anbahnenden Deflation ‚tödlich‘ ist und böse Folgen für die deutsche Volkswirtschaft haben kann – haben wird. Und so könnte das auf reichlich neuen Schulden basierende Konjunkturpaket II im Wahlkampf 2008 regelrecht verpuffen (und deshalb noch nicht mal das gewünschte Wahlergebnis produzieren).

Hinterher werden Spitzenpolitiker dann wieder erzählen, daß Konjunkturprogramme sowieso nicht helfen. Es kommt aber dabei auf das richtige ‚Timing‘ an.

► 15.01.2009 (khd/info-radio). Nach Auffassung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) wird das Konjunkturpaket II [siehe Kasten auf Seite 8] das Schrumpfen des BIPs um 0,5 bis 0,8 % abmildern können. Er glaubt daher, „im laufenden Jahr können wir die Maastricht-Kriterien einhalten“. Im Jahr **2010 dürfte dann aber die deutsche Verschuldung auf**

Der Gewinn-Absturz der Deutschen Bank



▲ **Die Deutsche Bank hat sich „wie ein riesiger Hedge-Fonds“** (Economist 2004) **total ver-zockt**. Die größte deutsche Bank ist trotz ihrer vielen ‚Experten‘ auch auf die ‚toxic papers‘ aus den USA reingefallen. Sie beschäftigte zudem weit über 900 Händler, die sich im Namen und mit dem Geld der Bank tagtäglich am spekulativen Handel mit Milliarden beteiligten. Inzwischen wurden diese Boni-Jäger, die zuletzt mit 1,5 Mrd. Euro zu den Verlusten beitrugen, fast alle ge- feuert.

Die Zahlen in der Grafik stellen Gewinne/Verluste nach Steuern dar. Es bedeuten: **St** = Die ersten Schockwellen der Finanzkrise gehen Anfang 2008 von der Pleite der US-Investmentbank Bear Stearns aus. **L** = Am 15. September 2008 erfolgte der Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers, der die Bush-Regierung eine staatliche Rettung verweigerte, was aber in der Fol-gezeit dem globalen Finanzmarkt den Rest gab. (Grafik: siehe Inset – khd)

etwa 4 % des BIPs ansteigen, was deutlich oberhalb der zulässigen 3 % liegen würde.

► 16.01.2009 (khd/sda). Auch der weltgrößte Chip-Konzern **Intel hat die Weltwirtschaftskrise zum Jahresende voll zu spüren bekommen**. Der Gewinn brach im 4. Quartal 2008 – auch belastet von Abschreibungen (Internet-Anbieter Clearwire) – um 90 % auf 234 Mio. Dollar (rund 179 Mio. Euro) ein. Der Umsatz fiel um 23 % auf 8,2 Mrd. Dollar. Eine Ursache ist die sehr deutlich gesunkene Nachfrage nach Personal Computern (PC), für die Intel mit einem Marktanteil von 80 % Mikroprozessoren herstellt. Das Ergebnis des Branchenführers Intel gilt als wichtiger Indikator für die gesamte HighTech-Branche. Intels schlechte Zahlen werden der Auftakt für eine ganze Reihe weiterer Negativ-Meldungen aus der Computer/IT-Branche gewesen sein.

► 16.01.2009 (khd/sda/d-radio). Auch **in Litauen kam es zu sozialen Unruhen**. In der Hauptstadt Vilnius hatten Menschen gegen die Folgen der Finanzkrise und gegen den Sparkurs der Mitte-Rechts-Regierung protestiert. Im Anschluß an die Gewerkschafts-Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei antwortete mit Tränengas und Festnahmen. In diesem Jahr wird in der EU-Republik Litauen mit 3,4 Millionen Einwohnern ein Wachstumsrückgang von 4,8 % erwartet.

► 16.01.2009 (khd/welt.de). Nach Milliardenverlusten der Finanzkonzerne Citigroup und Bank of America steht die **US-Bankenbranche vor dramatischen Umwälzungen**. Die Citigroup spaltet sich in 2 Teile, womit die Ausgliederung fauler Anlagen von mehr als einer halben Billion Dollar (über 500 Mrd. Dollar!) realisiert wird. Die Bank of America (BoA) stürzte in die roten Zahlen und muß vom Staat aufgefangen werden. Sie erhielt jetzt eine 2. Finanzspritze über 20 Mrd. Dollar und umfangreiche Garantien.

Bank of America, Merrill Lynch und die zweitgrößte US-Bank Citigroup wiesen allein für die vergangenen 3 Monate Verluste von zusammen mehr als 25 Mrd. Dollar aus. Die erste Hälfte des von Finanzminister Hank Paulson auf den Weg gebrachten, 700 Mrd. Dollar schweren Rettungspakets für die Branche ist damit nach der Unterstützung für die BoA weitgehend ausgeschöpft.

► 16.01.2009 (khd/d-funk). Noch traut sich das kein Experte so recht zu sagen, aber: **Diese in den USA ausgelöste Finanzkrise, aus der sich die Bankenkrise entwickelte, die dann 2008 sehr schnell in die**

Weltwirtschaftskrise II führte, wird als die schlimmste Krise aller Zeiten in die Geschichte eingehen. [29]

► 17.01.2009 (khd/sp/d-radio). Das paßt zum Stichwort „schlimmste Krise aller Zeiten“. Durch einen Vorab-Bericht [30] des SPIEGEL wird heute bekannt: Das Bundesfinanzministerium geht aufgrund einer Umfrage davon aus, daß der gesamte deutsche Bankensektor (heute nahezu wertlos) **Risikopapiere mit einer Summe von bis zu 1000 Mrd. Euro** in den Büchern führt. Wieviel davon bereits von den Banken ‚aufgedeckt‘ und abgeschrieben wurde, bleibt derzeit unklar.

Für die Bundesregierung war diese ungeheure Höhe allerdings Anlaß, nicht auf die von Banken immer wieder erhobene Forderung (allen voran von DB-Akermann) nach Einrichtung einer ‚Bad Bank‘ einzugehen. Ohne eine solche staatliche Mülldeponie für faule Kredite könne der Kreditfluß nicht wieder in Gang kommen, sagen die Banken. Aber wozu gibt es in der Marktwirtschaft die Regel der Abschreibung und außerdem auch noch die Möglichkeit der Nutzung von ‚Marktsenken‘?

Die Banken selbst müssen endlich reinen Tisch machen und die Folgen ihres fahrlässigen Handelns tragen. Mit immerhin 1 Billion Euro haben sich also die Banken in Deutschland verzockt – vielleicht sind es ja sogar noch mehr. Und das nur in Deutschland! Das heißt aber auch, daß alle beteiligten Bankmanager den Intelligenztest der realen Finanz-Ökonomie nicht bestanden haben, denn es gab bereits vor Jahren sehr kompetente Stimmen, die vor dieser Entwicklung energisch gewarnt haben. Da galt es das eigene Hirn einzuschalten und sich auch zu erinnern, daß man mit dem eigenen Handeln nicht die gesamte Volkswirtschaft gefährden darf (Artikel 14 GG).

Das aber ist ganz offensichtlich nirgendwo in Bankenkreisen geschehen. Jeder Abiturient kann zudem mit recht simpler Mathematik beweisen, daß finanzielle Schneeballsysteme nie funktionieren können. Wir müssen deshalb diese Leute ab sofort der Klasse der Geistig-Prekären zuordnen, die man nicht mehr mit Führungsaufgaben betrauen darf.

► 17.01.2009 (khd/sp). Durch einen weiteren Vorab-Bericht des SPIEGEL wird heute aus einem **Artikel zum Zocken der Deutschen Bank** bekannt (Heft 4/2009, Seite 54–56): Nach hohen Verlusten von rund 1,5 Milliarden Euro hat der Vorstand der Deutschen Bank entschieden, in der

aktuellen Situation ganz aus dem Eigenhandel mit Wertpapieren auszusteigen. Noch in der zweiten Jahreshälfte 2008 durften ein paar hundert Händler mit dem Kapital der Bank einem zweistelligen Milliardenbetrag auf die künftige Entwicklung von Aktienkursen oder Kreditderivaten setzen. Damit ist nun Schluß. „Die Risiken sind einfach nicht mehr vertretbar“, sagt ein mit der Situation vertrauter Manager. Im Eigenhandel mit Aktien sind schon die meisten Risiken beseitigt. Doch bei Kreditderivaten verzögert sich der Ausstieg, weil die Kontrakte teilweise erst in einigen Jahren abgewickelt werden können.

► 18.01.2009 (khd/d-radio/info-radio). Auch in der **Hessen-Wahl** liegt die „Partei der Nichtwähler“ mit 38,9 % vorn (Wahlbeteiligung sank auf rund 61 %). Während die SPD wg. Dummheit abstürzte (sie hätte unter einem nur geschäftsführenden Ministerpräsidenten Koch 5 Jahre gesetzgeberische Politik zusammen mit den Grünen und Linken realisieren können, wollte aber unbedingt CDU-Koch mit einer Minderheitsregierung ablösen, was scheiterte) und die CDU stagnierte, konnte die FDP ihr Ergebnis von 2003 verdoppeln. Hessen wird künftig wg. dieses guten Abschneidens der FDP von einer schwarz-gelben Koalition regiert werden. Noch am Wahlabend verlangte die erstarkte FDP von der Bundesregierung eine Nachbesserung des Konjunkturpakets II. [\[mehr zur Wahl\]](#)

19. Woche nach dem L-Crash

► 19.01.2009 (khd/info-radio). Auch die **Deutsche Post** bekommt die weltweite Krise deutlich zu spüren. Sie mußte 2008 erstmals seit dem Börsengang im Jahr 2000 einen **Jahresverlust verzeichnen**. Die Aufblähung der Post zum globalen Logistik-Player (DHL) habe sich bislang nicht ausgezahlt, sagen Post-Kritiker. Nur auf das Briefgeschäft in Deutschland könne sich die Post noch verlassen. Aussagen zum Nettoergebnis gab es heute noch nicht.

► 19.01.2009 (khd/d-radio). Dieter Wedel (66), Erfolgsregisseur („Der große Bellheim“), macht die weltweite Finanzkrise Angst. „**Wir können auch alles, was wir haben, verlieren**“, sagte Wedel heute der Deutschen Presse-Agentur. „*Es ist die größte Erschütterung, die wir in unserem Leben politisch erlebt haben. Es ist ein Weltkrieg ohne Kanonen.*“ Noch sei gar nicht absehbar, welche „gesellschaftlichen Verwerfungen“ die Krise nach sich ziehen werde. „*Wenn man 35 oder 40 Jahre alt ist, ist die Finanzkrise ein Malheur. Aber wenn man Mitte 60 ist – wie ich, ist sie ein*

Unglück.“ In diesem Alter könne man schließlich nicht mehr lange Geld verdienen.

Dieter Wedel hat völlig recht, und es könnte sogar noch viel schlimmer kommen, falls der Staat bzw. die EU einen Währungsschnitt vornehmen müßte, um der von diesen „Banker-Nieten“ verursachten Krise überhaupt noch Herr zu werden. Die über 70-jährigen erinnern sich noch sehr gut an die Währungsreform von 1948, als die Reichsmark (RM) auf ihrem Sparbuch von einem auf den anderen Tag nur noch 1/10 wert war, aber Aktien ihren (Nenn-)Wert behielten!

Das war damals irgendwie die Strafe für den von Deutschland verursachten 2. Weltkrieg. Warum aber werden heute hierzulande Menschen durch Wertverlust bestraft? Denn wenn man die 70 überschritten hat, ist in den letzten Monaten vom im ganzen Leben fürs Alter Ersparten reichlich Geld verschwunden. Und so bleibt wohl nur die Weitergabe dieser zweimaligen Negativ-Lebenserfahrung an die Generation der Enkel. Angesagt ist die Aufklärung der Nachgeborenen mit der ultimativen Warnung: „**Traut nie und nimmer den Bankern – sie wollen nur Euer Geld rauben. Und laßt die Finger von Fonds und Aktien!**“ Und von Wertpapier-Derivaten sowieso. Auch ist es für Privatleute nie eine gute Idee, *für den Konsum* einen Kredit aufzunehmen, auch wenn dieser noch so günstig sein soll.

► 19.01.2009 (khd/hbl). **Ein Volk von Aktionären waren die Deutschen nie.** Sie werden es angesichts der Finanzkrise wohl in den nächsten Jahrzehnten auch nicht werden – und das ist auch gut so und sogar schlau. Denn die aktuelle Krise – aber auch schon der enorme Wertverfall bei der von der Telekom einst so umworbenen **T-Aktie** – haben Privatkunden besonders deutlich vor Augen geführt, daß alle Anlagen in Fonds und Aktien aus irrationalen (und meist nicht nachvollziehbaren) Gründen sehr schnell massiv an Wert verlieren können. Es ist ein Glücksspiel!

Die Folgen der Wertvernichtung spiegeln sich daher in den neuesten Statistiken des Deutschen Aktieninstituts (DAI) wieder: 2008 sank hierzulande die Zahl der Aktionäre deutlich. Allein im 2. Halbjahr 2008 zogen mehr als 1 Million Deutsche ihr Geld aus Aktien- und Aktienfonds ab. Verblieben sind 8,8 Millionen. Damit haben lediglich 13,5 % der Deutschen Aktien oder Aktienfonds in ihrem Depot. Im Jahr 2001, kurz nachdem die New-Economy-Blase geplatzt war, waren es noch 20 %. Besonders stark ist der Rückgang bei den Aktienfonds-

inhabern. Deren Zahl sank von 6,3 Millionen (2007) auf 5,2 Millionen (2008). Und die Tendenz ist weiter fallend. Klar ist nur: Tages- und Festgeldkonten sowie auch Sparkonten sind die sichere Alternative.

► 19.01.2009 (khd/info-radio). Angesichts im Sog der Weltwirtschaftskrise wegbrechender Geschäfte schickt jetzt auch der **Chemieriese BASF rund 1800 Beschäftigte in Kurzarbeit**. Die Nachfrage nach chemischen Produkten habe sich auch in der ersten Januar-Hälfte nicht belebt, heißt es. Die Chemie-Branche gilt als Konjunkturbarometer, da sie sämtliche Industriezweige mit ihren Produkten beliefert.

► 20.01.2009 (khd/info-radio). Der Handelskonzern **Metro streicht weltweit 15.000 Stellen**. Das sind 5 % seiner Mitarbeiter. Der Konzern (u. a. Real, Saturn und Media-Markt) will damit rund 1 Mrd. Euro an Kosten einsparen.

► 20.01.2009 (khd/info-radio). Zum **Unwort des Jahres 2008** wird die vermutlich von Journalisten erfundene Formulierung „**notleidende Banken**“ ausgewählt. Diese Bezeichnung mit politischem Anspruch stelle Ursache und Folgen der Finanzkrise total auf den Kopf, heißt es in der Begründung. Damit würden die Banken zu Opfern der Krise stilisiert, was eindeutig falsch ist. Sie waren Täter.

► 20.01.2009 (khd/info-radio). Um nach Ungarn in der EU einen weiteren Staatsbankrott abzuwenden, erhält auch **Lettland einen EU-Kredit in Höhe von 3,1 Mrd. Euro**.

► 20.01.2009 (khd/d-funk). Das verblüfft dann doch: Auch die genossenschaftliche Zentralbank, die **DZ-Bank** hat kräftig am Gift der ‚toxic paper‘ genippt. Und so hat die **DZ-Bank 2008 einen Verlust von gut 1 Mrd. Euro eingefahren**. Sie ist das Zentralinstitut für über 1.000 Volksbanken, Raiffeisenbanken und Sparda-Banken.

Neben Belastungen aus Engagements bei Lehman (360 Mio. Euro), bei kriselnden isländischen Banken (449 Mio. Euro) sowie aus einer Beteiligung am französischen Kreditversicherer Natixis (269 Mio. Euro) mußte die DZ Bank 2008 nach eigenen Angaben Bewertungsabschläge von rund 1,5 Mrd. Euro verkräften.

► 20.01.2009 (khd/d-radio). In Washington legt Barack Obama den Amtseid ab und ist damit der **44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (USA)**. Damit endet die 8-jährige mit total verfehelter Politik gefüllte Amtszeit des konservativen Präsidenten

George W. Bush jun. – dem „schlechtesten US-Präsidenten aller Zeiten“.

In seiner Antrittsrede machte Obama deutlich, daß es einen wirklichen Politikwechsel geben wird. Zur aktuellen Situation der USA sagte er: *„Daß wir uns mitten in einer Krise befinden, weiß inzwischen jeder. Unsere Nation ist im Krieg, gegen ein weitreichendes Netzwerk von Hass und Gewalt. Unsere Wirtschaft ist sehr geschwächt, als Konsequenz der Gier und Verantwortungslosigkeit einiger weniger – aber auch wegen unseres kollektiven Versagens, harte Entscheidungen zu treffen und das Land auf ein neues Zeitalter vorzubereiten.“*

► 20.01.2009 (khd/ftd/d-radio). Die **Immobilien-Bank Hypo Real Estate (HRE) ist ein Faß ohne Boden**. Der Bürgschaftsrahmen aus dem staatlichen Bankfonds SoFFin mußte für die HRE um 12 Mrd. Euro auf nunmehr 42 Mrd. Euro erhöht werden. Für ausgestellte Bürgschaften sei eine Provision von 0,5 % im Jahr vereinbart worden, heißt es in der Pflichtveröffentlichung der HRE. „Die Gespräche mit dem SoFFin über die Gewährung längerfristiger und umfassender Maßnahmen zur Liquiditäts- und Kapitalunterstützung der Gruppe sind noch nicht abgeschlossen“, heißt es in der HRE-Mitteilung.

Einen Zusammenbruch der HRE kann sich Deutschland nicht leisten, da diese Bank besonders stark mit anderen Instituten vernetzt ist und ihre Tochter DEPFA den „Deutschen Pfandbrief“ herausgibt, der bislang den Inbegriff von Sicherheit darstellte. Allerdings bleibt festzuhalten, daß alle Bundesregierungen (Kohl, Schröder, Merkel) sowie die deutsche Kreditwirtschafts-Aufsicht (heute das BaFin) diese wichtige Hypothekenbank und ihre Vorgänger seit etwa 1995 nicht sehr sorgfältig beaufsichtigt und kontrolliert haben. Sie haben noch nicht einmal den Umzug des Staatsfinanzierers DEPFA in die Steueroase Irland durch eine geeignete Gesetzgebung verhindert.

► 21.01.2009 (khd/info-radio). Die **Bundesregierung legt einen düsteren Jahreswirtschaftsbericht vor**. Danach erwartet sie für die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr eine tiefe Rezession, sinkende Exporte und eine auf 3,5 Mio. steigende Arbeitslosigkeit. Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 senkt die Regierung ihre Prognose auf -2,25 %. Bislang hatte sie für 2009 ein BIP-Wachstum von +0,2% angenommen.

Die Exporte, die in den vergangenen Jahre eine Hauptstütze für das Wachstum waren, werden der Prognose zufolge im Jahr 2009 um 8,9 % zurückgehen. Die Importe dürften um 5,0 % sinken. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wird damit die deutsche Volkswirtschaft in die größte Rezession der Nachkriegszeit (nach 1945) stürzen. Im Jahr 2008 war die deutsche Wirtschaft noch um 1,3 % gewachsen, im Jahr 2007 sogar um 2,5 %.

► 21.01.2009 (khd/d-radio). Obwohl die Regierungs-Prognose für Deutschland eine tiefe Rezession vorhersagt, verbreitete **Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) heute bei der Vorstellung (Zweck-)Optimismus**: „Wir sehen zum 2. Halbjahr eine Wende zum Besseren.“ Zur Erinnerung: Im September 2009 stehen Bundestagswahlen an. Aber eine Prognose für 2010 machte Glos derzeit nicht. Die aktuelle Zahl der Arbeitslosen soll bereits bei 3,4 Mio. liegen. Das wären rund 300.000 mehr als im Dezember 2008.

► 21.01.2009 (khd/sp/d-radio). Der Chef des Leitungsausschusses des staatlichen Banken-Rettungsfonds SoFFin, Günther **Merl tritt Ende Januar von seinem Amt zurück**. Es wird zwar gesagt, aus persönlichen Gründen. Aber der **SPIEGEL** hatte in der vorigen Woche (Heft 3/2009, Seite 70) in einem Artikel über „Staatliche Steuerflucht“ daraufhingewiesen, daß Merl noch vor 3 Monaten Verwaltungsratspräsident der ominösen Privatbank LB Swiss war, die von Zürich aus operiert. Diese LB Swiss gehört zu 50 % der Landesbank Hessen-Thüringen (HeLaBa) und zu 50 % der angeschlagenen BayernLB.

Insofern mag Werl von vornherein keine Idealbesetzung gewesen sein. Bereits im Dezember war Karlheinz Bentele aus dem SoFFin-Leitungsgremiums zurückgetreten. Experten vermuten daher, daß es hinter den Kulissen heftigen politischen Zoff gegeben hat und die unterschiedlichen Auffassungen über die Führung des im Oktober eingerichteten Banken-Rettungsfonds zu den schnellen Rücktritten geführt haben.

Für Unmut in der SoFFin-Chefetage sorgte vor allem die Konstruktion der Behörde durch die Merkel-Regierung. Auf dem Papier entscheidet zwar der dreiköpfige Leitungsausschuß, hat aber de facto kaum etwas zu sagen. Die Entscheidung trifft die Bundesregierung durch ihre 4 Spitzenbeamten im fünfköpfigen Lenkungsausschuß. Warum braucht man dann überhaupt ein Leitungsgremium?

► 21.01.2009 (khd/d-radio). In Frankreich ist es auf massiven Druck des konservativen Staatspräsidenten

Sarkozy gelungen, daß **Frankreichs Banken-Chefs geschlossen auf Bonuszahlungen für 2008 verzichten**. Die konservative Bundeskanzlerin Merkel konnte bislang Deutschlands Bankmanager nicht davon überzeugen, auf ihre variable Vergütung zu verzichten. Sarkozy will jetzt auch die französischen Autobosse überzeugen.

► 22.01.2009 (khd/tsp/info-radio). Das Land **Berlin muß wg. der Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren neue Schulden machen**. Für die Jahre 2009 bis 2013 werden das im günstigsten Fall 3,1 Mrd. Euro sein. Es könnten aber auch leicht 7 Mrd. Euro werden, wenn die Weltwirtschaftskrise länger anhält. Berlin hatte sich 2007/08 gerade so gefreut, daß es seine Haushalte neuschuldenfrei gestalten konnte. 2008 gelang es sogar, einen kleinen Teil der Alt-Schulden zu tilgen.

► 22.01.2009 (khd/dw). **Chinas Wachstum leidet wesentlich stärker** unter der Weltwirtschaftskrise. In einer dramatischen Wende gegenüber 2007, als die chinesische Wirtschaft noch um 13 % zulegte, sank das Wachstum im 4. Quartal 2008 auf 6,8 % ab. Der geringere Zuwachs der Nachfrage ließ auch die Inflation fallen. Der Verbraucherpreisindex stieg im Dezember 2008 nur noch um 1,2 %.

► 22.01.2009 (khd/dw). Im von der Finanzkrise besonders hart getroffenen **Island werden die Krawalle immer gewalttätiger**. Nach Rundfunkberichten gab es in der letzten Nacht bei neuen Protesten vor dem Parlament in Reykjavik erstmals Verletzte. Ein Polizist sei von einem Stein am Kopf getroffen worden. Mehrere Demonstranten mußten nach dem Einsatz von Tränengas durch die Polizei ebenfalls ins Krankenhaus. Die Demonstranten machen die Regierung mitverantwortlich für den verheerenden Banken-Crash im Herbst und dessen soziale Folgen für die isländische Bevölkerung.

► 22.01.2009 (khd/heise). Selbst der **US-Software-Schmiede Microsoft**, der bislang noch nicht einmal schlechte Produkte etwas anhaben konnte, bekommt jetzt die Weltwirtschaftskrise wg. des Rückgangs des PC-Absatzes deutlich zu spüren. Microsoft verzeichnet im 4. Quartal 2008 einen starken Gewinneinbruch. Der Nettogewinn ging gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahrs um 11 % auf 4,2 Mrd. US-Dollar oder 47 US-Cent je Aktie zurück. Der operative Gewinn sank um 8 % auf 5,9 Mrd. US-Dollar.

Der große Hoffnungsträger von Microsoft [31] – die Internet-Sparte – kämpft aber noch immer mit reichlich viel Problemen und schreibt rote Zahlen. Microsoft hat alle Expansionspläne gestoppt, muß nun sparen und wird demnächst bis zu 5.000 Mitarbeiter entlassen (es gibt sogar Gerüchte, daß es 15.000 sein könnten). Die Stellenstreichungen sind der erste konzernweite Jobabbau in der Geschichte des Unternehmens.

► 22.01.2009 (khd/info-radio). Daß man aber mit sehr guten Produkten und einem hervorragenden Geschäftsplan der Krise trotzen kann, zeigt der **US-Computer- und IT-Konzern IBM**. IBM erzielte im 4. Quartal 2008 einen starken Gewinnssprung von etwa 12 % auf etwa 4,4 Mrd. US-Dollar und überraschte damit alle. IBMs Konzernchef wies daraufhin, daß man das Geschäft zunehmend erfolgreich in profitablere Bereiche wie Software und Service verlagert habe, zudem in Wachstumsmärkte investierte und durch weltweite Umbaumaßnahmen die Produktivität gesteigert habe.

Für 2009 erwartet IBM einen Rekordgewinn je Aktie von mindestens 9,20 Dollar nach dem Spitzenwert von 8,93 Dollar im Jahr 2008 (zum Vergleich: Microsoft erzielte nur bescheidene 0,47 Dollar/Aktie!). Unter dem Strich verdiente IBM im vergangenen Jahr rund 12,3 Mrd. Dollar, was einem Plus von gut 18 % entspricht. Der Umsatz stieg um knapp 5 % auf den Höchstwert von 103,6 Mrd. Dollar.

► 22.01.2009 (khd/tsp). Auch **Apple Computer trotz der Krise** und hat im 4. Quartal 2008 neue Rekorde bei Umsatz und Gewinn erreicht. Es war – trotz Weltwirtschaftskrise – das „beste Quartal der Firmengeschichte“. Auch hier zahlte sich ganz offensichtlich das überzeugende Angebot von Qualitätsprodukten aus. Wie das Unternehmen mitteilte, betrug der Umsatz im 4. Quartal 2008 10,2 Mrd. US-Dollar, der Netto-Gewinn lag bei 1,6 Mrd. US-Dollar. Der Nicht-US-Anteil am Umsatz betrug im 4. Quartal 2008 46 %.

Nach Apple-Angaben wurden im 4. Quartal 2008 2,5 Mio. Macintosh-Computer ausgeliefert, eine Steigerung von 9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Zahl der verkauften iPods betrug 22,7 Mio., 3 % mehr als im Vorjahresquartal. iPhones gingen 4,4 Mio. Stück über den Ladentisch, 88 % mehr als im Vorjahresquartal.

► 22.01.2009 (khd/tsp). Der Handy-Weltmarktführer **Nokia ist hingenommen von der Weltwirtschaftskrise schwer erwisch** worden. Im 4. Quartal 2008 brach

der Gewinn auf 576 Mio. Euro ein (1,8 Mrd. Euro im 4. Quartal 2007). Der Umsatz fiel um 19,4 % auf 12,7 Mrd. Euro. Der Handy-Absatz des Branchenführers brach um 15 % auf 113 Mio. Geräte ein. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Nokia kündigte ein umfassendes Sparprogramm an. Nokia zeigt vor allem im Segment der Smartphones Schwächen und mußte hier massiv Marktanteile an die besseren Produkte der Konkurrenten wie BlackBerry von Research In Motion oder Apple mit seinem iPhone abgeben.

130. Tag nach dem L-Crash

► 23.01.2009 (khd/sp/info-radio). Die **Infineon-Tochter Qimonda ist pleite** – trotz unternehmener Rettungsversuche. Betroffen davon sind rund 4600 Mitarbeiter an den Standorten Dresden und München. Der Wert der Qimonda-Aktie sank heute auf 0,08 Euro. Der deutsche Chip-Herstellers soll dem Preiswettbewerb bei Speicherchips mit der Konkurrenz aus Fernost nicht mehr gewachsen gewesen sein. Die Finanzkrise gab dem stark subventionierten Leuchtturm-Projekt den Rest. Das Land Sachsen kündigte die Rückforderung staatlicher Fördermittel an. Die Bundesregierung erklärte heute, daß Infineon und Qimonda kein tragfähiges Geschäftsmodell haben.

Die **Infineon Technologies AG** ist eine 1999 erfolgte Ausgründung des Halbleitergeschäfts der Siemens AG, von der sich Siemens aber bis März 2006 trennte. Es wird erwartet, daß nun auch Infineon in den Abwärtsstrudel gerät, da sie schon nicht mehr in der Lage war, ausreichend Mittel für ihre Tochter zur Verfügung zu stellen. Das gesamte mit 1,5 Mrd. Euro seit 1995 hochsubventionierte „Silicon Saxony“ (Mikroelektronik-Zentrum) um Dresden könne zur „Investitionsruine werden“, schrieb bereits der **SPIEGEL** Mitte Dezember (Heft 51/2008, Seite 78).

► 23.01.2009 (khd/yahoo). Der FDP-Finanzpolitiker Hermann Otto Solms setzt sich für eine **Teilverstaatlichung aller deutschen Großbanken** ein. „*Man darf nicht der Commerzbank großzügige Hilfen geben, und die anderen Banken außen vor lassen*“, sagte Solms in einem **stern**-de-Interview. Der Bund hatte sich unlängst an der Commerzbank beteiligt, die durch die Übernahme der Dresdner Bank zum Branchenprimus Deutsche Bank aufschließen soll. Solms verwies auf die Entscheidung der britischen Regierung, die allen betroffenen Banken eine staatliche Beteiligung aufgenötigt habe.

Die Bundesregierung will nun den Rettungsschirm für das deutsche Bankenwesen wegen der anhaltenden Krise in der Finanzbranche irgendwie nachbessern. Denn mit dem **Finanzmarktstabilisierungs-Gesetz** hat die Große Koalition eindeutig ziemlichen Murks produziert – in 3 Monaten wurde da kaum etwas stabilisiert. Der Geldmarkt und die Kreditvergabe an Unternehmen funktionieren noch immer nicht. Die notwendigen Bank-Teilverstaatlichungen paßten schlichtweg nicht zum Parteiprogramm – zur Ideologie von CDU/CSU. Ein solches Scheuklappen-Verständnis von Bewältigung einer außergewöhnlichen Krise bleibt angesichts einer drohenden Deflation unverständlich.

► 23.01.2009 (khd/d-radio). Die Bundesregierung will zur Abwehr der Wirtschaftskrise nun auch einen **Schutzschirm für das Gesundheitswesen** aufspannen. Das machte das Gesundheitsministerium heute in Berlin deutlich. Danach stellt der Bund bis 2011 aus Steuern zinslose Darlehen für den neuen Gesundheitsfonds zur Verfügung, so daß die Krankenkassen bei Beitragsausfällen nicht durch Zusatzbeiträge nachsteuern müßten. Hinzu kämen Mittel aus dem Konjunkturpaket II. Im Gesundheitswesen arbeiten in Deutschland 4,4 Millionen Menschen.

► 23.01.2009 (khd/d-radio). **Islands Regierung kündigt den Rücktritt an.** Die Proteste und anhaltenden Krawalle der isländischen Bevölkerung zeigten Wirkung. Es ist die 1. Regierung, die wegen der Finanzkrise stürzt. Die isländische Regierung hat sich heute für Neuwahlen am 9. Mai ausgesprochen. Die Arbeitslosigkeit auf Island ist massiv gestiegen, die Einkommen vieler Bürger schrumpfen, und der Staatshaushalt wird immer mehr zusammengestrichen. Verantwortlich für die miserable Entwicklung Islands ist vor allem die konservative Unabhängigkeitspartei, die in unterschiedlichen Koalitionen seit 17 Jahren regiert.

Nächste Kandidaten für Regierungsstürze wg. der Finanzkrise könnten sein: Lettland, Litauen und das afrikanische Simbabwe, wo bereits das absolute Währungschaos (wie in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg) herrscht.

► 23.01.2009 (khd/cnn/d-radio). US-Präsident Barack Obama dringt auf ein rasches **Konjunkturprogramm zur Ankurbelung der US-Wirtschaft**. In den kommenden Jahren sollen dadurch bis zu 4 Millionen Jobs entstehen. Obama gab jedoch offen zu, daß es im Parlament weiterhin Widerstand gegen das 850-Milliarden-Dollar-Paket gibt.

► 24.01.2009 (khd/info-radio). **Die armen Länder Afrikas sind von den Folgen der Finanzkrise besonders betroffen.** Und so kommen immer mehr verzweifelte afrikanische Flüchtlinge – trotz der gefährlichen Überfahrt – übers Mittelmeer nach Europa. Im italienischen Aufnahmelager auf der Insel Lampedusa kommt es wg. totaler Überfüllung und der unhaltbaren menschenunwürdigen Zustände zu einem Aufstand der Flüchtlinge. Sie verlangen die sofortige Verlegung in Lager auf dem italienischen Festland. Das Lager auf Lampedusa kann nur 800 Flüchtlinge aufnehmen. In den letzten Tagen war die Zahl der Flüchtlinge auf fast 2000 angestiegen. Allein auf Lampedusa kamen 2008 rund 31.000 Flüchtlinge an.

► 24.01.2009 (khd/hbl). Es war wohl doch eine Schnapsidee Marktradikaler, die Altersvorsorge aufs Glückspiel mit Aktien umstellen zu wollen. Die kapitalgedeckte Rente ist jetzt in der Finanzkrise stark ins Gerede gekommen. Ex-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) sagt sogar, die Leute werden damit regelrecht „beschissen“. So zeigt sich bereits, daß die **Betriebsrenten massiv unter Druck** gekommen sind. Vor allem der enorme Rückgang der Aktienkurse habe die Lücke zwischen den für Pensionszahlungen bereitgestellten Vermögen und den Rentenverpflichtungen vergrößert, ergab eine aktuelle Studie der auf betriebliche Altersvorsorge spezialisierten Unternehmensberatung Rausser Towers Perrin (RTP), über die das Handelsblatt gestern berichtete.

Demnach sind die Rentenlasten bei DAX-Firmen nur noch zu 2/3 gedeckt. Bei M-DAX-Firmen ist es nur noch knapp die Hälfte. Bei Siemens besteht beispielsweise bereits eine Deckungslücke von 2,5 Mrd. Euro in seinen extern finanzierten Pensionsplänen „Insgesamt sind die Vermögen 2008 rechnerisch um 21 Mrd. Euro geschmolzen“, sagte RTP-Chef Jasper.

► 25.01.2009 (khd/faz/info-radio). **SPD-Chef Franz Müntefering warnt davor, die internationale Finanzkrise zu verharmlosen**, wie das vielerorts von interessierten Kreisen derzeit geschieht. „Ich höre in jüngster Zeit ein Verharmlosungsgesülze, das vollkommen unangemessen ist“, sagte Müntefering der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Es werde mehr Arbeitslose geben und auch mehr Pleiten.

„Ich bin in Sorge, daß die Demokratie Schaden nimmt, wenn die Menschen befürchten, daß die Politik unverantwortliches Handeln in der Wirtschaft nicht mehr verhindern kann“, sagte Müntefering mit Blick auf die Banken. Warum

dann aber die SPD den starken Einfluß von gescheiterten Bankmanagern auf das (mißratene) Finanzmarktstabilisierungs-Gesetz [06] (Banken-Rettungsfonds SoFFin) zuließ, sagte er nicht.

Müntefering sagte auch, er halte nichts davon, Banken zur Sammlung schlechter Risiken – sogenannte Bad Banks – einzurichten. „Das wären staatlich verwaltete und finanzierte Giftmüllkippen für alles, was Banker angerichtet haben und jetzt loswerden wollen“, warnte der SPD-Vorsitzende. Er habe den Eindruck, daß so mancher, auch beim Koalitionspartner Union, eine „vernünftige Regulierung“ der Finanzmärkte verhindern wolle. Vor allem von Banken und aus der Union war die Forderungen nach Einrichtung einer „Bad Bank“ erhoben worden.

► 25.01.2009 (khd/tsp). Der *Tagesspiegel* läßt in seinem großen Sonntagskommentar „Angriff auf die Staatskasse“ [32] den Buchautor und Sonder-Redakteur Harald Schumann über die inzwischen von der deutschen Politik selbst verursachte gefährliche Finanzmarkt-Situation in klaren und deutlichen Worten berichten: „Mit Steuermilliarden sollten die Finanzmärkte gerettet werden. Heraus kam ein Selbstbedenungsprogramm für gescheiterte Banker.“ [32]

20. Woche nach dem L-Crash

► 26.01.2009 (khd/info-radio). Der Elektronik-Konzern **Philips produzierte im 4. Quartal 2008 einen Verlust von 1,5 Mrd. Euro**. Im Vorjahr hatte der Konzern in diesem Zeitraum noch 1,4 Mrd. Euro verdient. Von Oktober bis Dezember war der Umsatz von 8,4 auf 7,6 Mrd. Euro zurückgegangen. Die Konsumelektronik brach ein, aber auch Teile des Lichtgeschäfts gingen zurück. Letztgenannte Sparte liefert unter anderem der Autoindustrie zu, deren Absatz zum Jahresende drastisch zurückgegangen war. Philips setzt aufs Sparen. In diesem Jahr sollen daher weitere 6000 Arbeitsplätze wegfallen.

► 26.01.2009 (khd/sp/d-radio). Nachdem am Wochenende der Bürgerprotest lauter geworden war: **Islands Ministerpräsident Geir Haarde kündigt seinen Rücktritt an**. Die konservativ orientierte Politik der Mitte-Rechts-Regierung hatte das Land an den Rand des Staatsbankrotts geführt und gilt damit als gescheitert. Allein die Arbeitslosigkeit auf Island ist von 1 auf 7 % gestiegen. Der Inselstaat steht nun offensichtlich vor einem Linksrutsch – und vor der Annäherung an die EU, die die mitregierende Unabhängigkeitspartei immer abgelehnt hatte. [33]

► 26.01.2009 (khd/d-radio). Immer mehr **Großkonzerne stemmen sich mit massiven Stellenabbau gegen die Wirtschaftskrise**. Der US-Baummaschinen-Hersteller Caterpillar streicht auf einen Schlag 20.000 Arbeitsplätze. Ankündigungen kamen heute aus verschiedensten Branchen. Beim Elektronik-Konzern Philips fallen 6000 Jobs weg, bei der niederländischen Bank ING 7000, beim europäischen Stahlkonzern Corus 3500. In den USA streicht der Telekom-Anbieter Sprint Nextel 8000 Stellen, der weltgrößte Baumarkt-Betreiber Home Depot 7000 Arbeitsplätze.

Das zeigt, wie die Krise die Unternehmen ländübergreifend auf breiter Front trifft. Philips, Home Depot oder Sprint Nextel macht zu schaffen, daß die Verbraucher weniger Geld zum Ausgeben haben.

► 27.01.2009 (khd/mm/info-radio). Das **Bundeskabinett beschließt das Konjunkturpaket II**. Es ist mit einem Volumen von 50 Mrd. Euro das größte Konjunkturprogramm seit Bestehen der Bundesrepublik und bewirkt eine Rekord-Neuverschuldung. Der Nachtragshaushalt 2009 sieht neue Schulden in Höhe von 36,8 Mrd. Euro statt der bislang geplanten 18,5 Mrd. Euro vor.

Die Bundesregierung erklärte zudem eine „**Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts**“, was laut Grundgesetz die Voraussetzung dafür ist, daß die Schuldenaufnahme die Höhe der Investitionen übersteigen darf. Zusätzlich zur höheren Neuverschuldung wird ein Investitions- und Tilgungsfonds eingerichtet. Dieser soll einschließlich Zinszahlungen ein Volumen von 21 Mrd. Euro über 2 Jahre haben.

► 27.01.2009 (khd/zt/info-radio). **In Großbritannien geht bereits die Furcht vor dem nationalen Bankrott um**. Der ‚Eisberg‘, der Island versenkte, mit seinen lange Zeit verborgenen toxischen Papieren unter der Meeresoberfläche, könnte Großbritannien das gleiche Schicksal bescheren und die Regierung zwingen, demnächst den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Rettung zu ersuchen.

Es gibt ominöse Parallelen zwischen den beiden Ländern: Wie Island hat auch Großbritannien eine maßlos aufgeblähte Finanzindustrie, mit einem Umsatzvolumen, das dem 5-fachen Wert des britischen Bruttosozialprodukts (BIP) entspricht. Auch Großbritannien hat seit vielen Jahren ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit. Islands private Verschuldung entsprach in 2008 dem doppelten Wert seines BIPs, Großbritanniens exzessive private Verschuldung erreichte zuletzt die stolze Höhe

von 170 % des BIPs. Wie die isländische Krone befindet sich auch das Pfund Sterling auf rasanter Talfahrt und hat fast Parität mit dem Euro erreicht.

Was nur haben eine Mrs. Thatcher, „New Labour“ und ein Tony Blair da angerichtet – aus dem einst so stolzen Britannien gemacht . . . [London sucht wie-der Europas Nähe][35]

► 28.01.2009 (khd/ag/d-radio). Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nachgerechnet: Die **Finanzkrise wird weltweit 2,2 Billionen Dollar (2.200 Mrd. \$) an Verlusten kosten**. Die Weltwirtschaft steckt in der schärfsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg, sagte heute der IWF in Washington. Im Oktober hatte der IWF noch die Summe mit 1,4 Billionen Dollar abgeschätzt. Ein globales Wachstum von etwa 0,5 % komme 2009 nur noch aus den Schwellenländern. Die großen Volkswirtschaften in den USA und der Euro-Zone dürften hingegen kräftig schrumpfen.

► 28.01.2009 (khd/hbl). Die Wirtschaftskrise beschert den Unternehmen auch härtere Konflikte: Das **Bundesarbeitsgericht (BAG) rechnet infolge der Krise mit einer Flut von Kündigungsschutzklagen**. „Sie wird Mitte bis Ende nächsten Jahres bei uns ankommen“, sagte heute die Präsidentin des obersten deutschen Arbeitsgerichts, Ingrid Schmidt, bei der Vorstellung des Jahresberichts 2008.

► 28.01.2009 (khd/d-radio). In Davos beginnt das jährliche **Weltwirtschaftsforum**. Erneut finden sich Politiker, Manager und Kulturschaffende in der Krise des Welt-Wirtschafts- und Finanzsystems in den Schweizer Bergen zusammen, um über Wege aus der grundlegenden Krise zu diskutieren. Das Leitthema für die 2500 Teilnehmer lautet diesmal: **„Die Welt nach der Krise gestalten“**. Eröffnet wurde das 39. Weltwirtschaftsforum vom russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin.

Besprochen werden muß dort natürlich auch, wie es sein konnte, daß die USA noch vor 1 Jahr in Davos – angesichts der damaligen Turbulenzen an den Börsen – und der Fed-Zinssenkung um 0,75 % absolut – erklärte, ihre Wirtschaft sei „vollkommen in Ordnung“, aber nur ein 3/4 Jahr später Rettungspakete in Billionen-Höhe für die gründlich ruinierte US-Volkswirtschaft gepackt werden mußten.

► 28.01.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland sank im Januar die Teuerungsrate auf +0,9 %** (vorläufiger Wert). Das ist der niedrigste Wert seit Februar 2004, als die Rate bei +0,8 % lag. Im Dezember 2008 lag der Verbraucherindex noch bei +1,4 %. Im

November 2008 war die Teuerungsrate erstmals seit Juni 2007 wieder unter die Zwei-Prozent-Marke gefallen. Bei Werten von knapp unter 2 % sieht die Europäische Zentralbank (EZB) Preisstabilität.

► 29.01.2009 (khd/dw/d-radio). Sehr viele Franzosen sind mit der Regierungs-Leistung ihres konservativen Präsidenten Sarkozy total unzufrieden. Deshalb hatten 8 Gewerkschaften gemeinsam zum **Generalstreik in Frankreich** aufgerufen. Und so kam es heute zum „schwarzen Donnerstag“. Die Streikenden protestierten gegen unangemessene Maßnahmen der konservativen Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Rezession. Unterstützt wurden sie dabei von linken und links-extremen Parteien sowie vielen Verbänden. Betroffen waren vor allem der öffentliche Dienst (Schulen, Bahn, Flughäfen usw.) sowie zahlreiche Unternehmen. Es kam zu einer Rekordbeteiligung von geschätzten 2,5 Mio. Menschen, denn in der Bevölkerung gibt es für die Streikbewegung eine breite Unterstützung. Vermutlich ist sogar eine neue soziale Bewegung entstanden.

Der massive Protest einte weite Teile der französischen Gesellschaft. Viele empfinden das Konjunkturpaket der Regierung als ungerecht, weil es ihrer Ansicht nach zu sehr auf Banken und Industrie ausgerichtet ist. *„Wir fordern einen zweiten Konjunkturplan, der diesmal auf die Kaufkraft zielt“*, sagte der Chef der Gewerkschaft CFDT, Chérèque. Ähnlich äußerte sich der Chef der Gewerkschaft CGT, Thibault. Er verlangte, daß die Regierung nach den milliarden-schweren Rettungspaketen für die Banken auch die Einkommen aus Arbeit „neu bewerten“ müsse. Ein Fabrikarbeiter in Rennes sagte, Sarkozy gebe den Unternehmen „große Schecks“, für die Arbeiter tue er nichts. *„Wir hatten schon einmal eine Revolution in Frankreich. Wenn es nötig ist, wird es wieder eine geben.“*

► 29.01.2009 (khd/d-radio). Auch in Deutschland kam es heute zu Streiks beim Bahnpersonal. In den letzten Tagen hatten bereits Flugbegleiter der Lufthansa gestreikt. Das waren aber **hierzulande nur eigennützige Warn-Streiks** im Rahmen von normalen Tarifstreits.

► 29.01.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar dramatisch angestiegen**. Zwischen Mitte November 2008 und Mitte Januar 2009 stieg die Zahl um rund 1/2 Mio. (501.000) an, womit eine Gesamtzahl von rund 3,5 Mio. erreicht wird (Quote 8,3 %). Gleichzeitig wur-

den etwa 400.000 Kurzarbeiter gezählt, die nicht in die amtliche Arbeitslosenstatistik eingehen. [\[Grafik\]](#)

Zwar reagiert der Arbeitsmarkt immer stark verzögert auf Wirtschaftskrisen, aber dennoch machen diese Zahlen deutlich, daß es eine Mär war, wenn die Bundesregierung (Große Koalition) noch im Herbst vehement erzählte, Deutschland könne sich von der Weltwirtschaftskrise abkoppeln („robuster Arbeitsmarkt“!). Auch rächt sich nun bitter, daß alle Bundesregierungen seit den 1990er-Jahren keine Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mehr betrieben haben (das sei „Teufelszeug“ schrienen regelrecht die markt-radikalen Lobbyisten – diese neo-liberalen „Heilsbringer“). Eine solche Wirtschaftspolitik hätte heute aber den großen Exportausfall wenigstens etwas kompensieren können. So mancher Arbeitsplatz wäre erhalten geblieben. Es kommt eben auf den richtigen Mix aus Angebots- und Nachfrage-orientierter Wirtschaftspolitik an.

► 29.01.2009 (khd/mdr). **Die Finanzkrise bedroht die Ärmsten der Welt.** Im Bundestag wies heute Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieceorek-Zeul daraufhin, daß 1 % weniger Weltwirtschaftswachstum 20 Millionen Menschen zurück in die Armut dränge. Durch die Finanzkrise müßte bereits jetzt weltweit wieder mehr als 1 Milliarde Menschen hungern.

► 30.01.2009 (khd/sp/d-radio). Das zeigt klar und deutlich: **Viele Banker wollen so weitermachen, wie bisher.** Die Banken der Wall Street schütteten für 2008 Jahres-Boni von insgesamt 18,4 Mrd. Dollar an die Banker aus. Nach Angaben des staatlichen Rechnungsprüfers ist das die sechsthöchste Summe aller Zeiten. In den Top-Etagen und bei besonders erfolgreichen Brokern gehen die Prämien selbst in der Krise oft noch in die Millionen. Andererseits entgingen dem Bundesstaat New York und der Stadt selbst durch die Schrumpfung Steuern von insgesamt fast 1,3 Mrd. Dollar, teilte der Rechnungsprüfer des Staates New York mit. [36]

Inzwischen hat US-Präsident Obama dieses Vorgehen der Banken als „**Gipfel der Verantwortungslosigkeit**“ gebrandmarkt. Da bemüht sich die US-Regierung mit über 700 Mrd. Dollar aus Steuergeldern die eigentlich bankrotten Banken zu retten, und diese gewähren munter weiter Prämien und Boni in Milliardenhöhe, als wenn nichts gewesen wäre. Das macht deutlich, daß hinter der ganzen Hypotheken- und Finanzkrise eine sehr tiefgreifende **Kulturkrise der westlichen Gesellschaft** steckt, in der viele humane

Werte wie Moral, Ethik oder auch nur Anstand um des Eigennutzes willen über Bord geworfen worden sind.

► 30.01.2009 (khd/ag/d-radio). **Die Wirtschaftskrise stärkt die extremistischen Kräfte in Deutschland.** Das ergab eine Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die Parteien und Gruppierungen im links- und rechtsextremistischen Spektrum würden versuchen, die angespannte wirtschaftliche Situation für sich zu nutzen, sagte Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm dem *Hamburger Abendblatt* (31.1.). Im Superwahljahr 2009 habe die NPD trotz erheblicher innerparteilicher und finanzieller Probleme in den neuen Bundesländern (ex-DDR) eine Perspektive, in die Landtage gewählt zu werden, erklärte der Präsident. Von vielen Wählern werde sie als Protestpartei wahrgenommen. Vor allem in Sachsen und in Thüringen werde sie erneut ihre Chance suchen.

► 30.01.2009 (khd/d-radio). **Die US-Wirtschaft ist Ende 2008 total abgestürzt.** Im 4. Quartal sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,8 %, so stark wie seit 1982 nicht mehr. „Der starke Rückgang zeigt, daß die Probleme im Immobilien- und Finanzsektor mittlerweile auf fast alle Bereiche der Wirtschaft übergriffen haben“, sagte Christina Romer, Chef-Wirtschaftsberaterin von Präsident Barack Obama. Nun müsse sofort gehandelt werden. Die Obama-Regierung hat bereits ein 825 Mrd. Dollar schweres Konjunkturpaket auf den Weg gebracht.

► 30.01.2009 (khd/tsp/d-radio). Bundeskanzlerin Merkel fordert auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos die **Einrichtung eines „Weltwirtschaftsrats“** – nach dem Vorbild des UN-Sicherheitsrats. Diesem sollte nach Überwindung der Krise die Kontrolle der noch international zu vereinbarenden neuen verbindlicher Markt-Regeln übertragen werden. „Wir haben keine globale Architektur, die ausreichend funktioniert“, sagte die Kanzlerin unter Hinweis auf das gefährliche Ausufern der Finanzmärkte.

Die **Soziale Marktwirtschaft**, die Deutschland nach dem Krieg Wohlstand gebracht habe, sei der 3. Weg zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft. „Der Staat ist der Hüter der sozialen Ordnung, aber Wettbewerb braucht Augenmaß und soziale Verantwortung“, sagte die Kanzlerin. „Die Freiheit des Einzelnen muß begrenzt werden, wenn sie dem anderen die Freiheiten nimmt.“ Die Welt brauche jetzt ein stabiles und internationales Finanzsystem mit globaler Verantwortung. „Wir ha-

ben die Möglichkeit, Freiheit mit sozialem Ausgleich und Wachstum mit Nachhaltigkeit zu verbinden“, sagte Merkel.

► 31.01.2009 (khd/dw/d-radio). **Der Bund will nun doch Banken verstaatlichen.** Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet, um private Banken zu verstaatlichen. Damit könnte auch die Hypo Real Estate (HRE) gerettet werden. Für enteignete Aktionäre gäbe es nur geringe Entschädigungen. Die Enteignung wird durch Erlaß einer Rechtsverordnung der Bundesregierung ohne Zustimmung des Bundesrates erfolgen. Hauptbetroffener bei der HRE ist die Heuschrecke J.C. Flowers, die sich offensichtlich sträubt, ihre Anteile an den Bund zu verkaufen. J.C. Flowers könnte nach dem geplanten Gesetz eine Entschädigung von nur noch etwa 1,50 Euro je Aktie erwarten. Bezahlt hatten sie einmal 22,50 Euro je Aktie. [37]

► 31.01.2009 (khd/info-radio). Der weltgrößte Ölkonzern **Exxon Mobil hat 2008 mit 45,22 Mrd. Dollar (rund 35 Mrd. Euro) den höchsten Gewinn eines US-Unternehmens aller Zeiten** erzielt. Allerdings verzeichnete Exxon Mobil im 4. Quartal 2008 wg. des Rohölpreisverfalls einen (kleinen) Gewinneinbruch.

► 31.01.2009 (khd/d-radio). Die GLS Bank (Motto: „und Geld bekommt Sinn“) hat **in der Finanzkrise bislang keinen einzigen Euro verloren**. Darauf weist Deutschlands größte Ökobank im DeutschlandRadio-Interview hin. Die vor 30 Jahren gegründete Privatbank legt die Kundengelder ausschließlich in ökologischen, sozialen und kulturellen Unternehmen und Projekten an.

► 31.01.2009 (khd/dw/d-radio). **In Rußland ist es erneut zu Bürgerprotesten gegen die Regierung gekommen.** In Wladiwostok, St. Petersburg und Moskau demonstrierten oppositionelle Gruppen gegen die Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Wladimir Putin und forderten dessen Rücktritt. Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise leidet die russische Bevölkerung zunehmend unter dem drastischen Wertverfall des Rubels mit steigenden Preisen sowie unter der steigenden Arbeitslosigkeit. In Moskau kam es zu Festnahmen.

► 01.02.2009 (khd/faz). Eine Studie schürt jetzt die Angst, die **Finanzkrise könnte von den Banken auch bald auf die Versicherungen übergreifen** und auch unter den deutschen Gesellschaften ihr erstes Opfer fordern.

Der Hintergrund für solche Gerüchte ist die Tatsache, daß viele Versicherungen Anleihen der Landesbanken im Portefeuille haben und es den Landesbanken durchweg schlecht geht. Und so könnte es auch bei Versicherern Abschreibebedarf geben. Bei einzelnen schwächeren Versicherern soll es bereits eine erhöhte Aufmerksamkeit der Finanzaufsicht BAFin gegeben.

► 01.02.2009 (khd/d-radio). **Ohne konkrete Lösungsvorschläge** für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist heute das 39. Weltwirtschaftsforum in Davos zu Ende gegangen. Es hinterließ bei den Teilnehmern weitgehende Ratlosigkeit, wie die enormen Herausforderungen zu bewältigen sind. Einig war man sich aber darüber, daß die System-Krise nur global gelöst werden könne. Alle Staaten wurden zur Mithilfe aufgefordert.

◄ **Abschwung Ost – Kaum eine Region der Welt hat so von der Globalisierung profitieren können wie die einst sozialistischen neuen Länder der EU. In der Krise ist dort jetzt aber das Wachstum enorm eingebrochen, die Währungen verlieren dramatisch an Wert und einige Länder (* in der Tabelle) standen bereits vor dem Staatsbankrott und konnten nur mit EU-Krediten und Hilfen des IWF stabilisiert werden. Von dieser Entwicklung, verbunden mit politischer Instabilität, geht durchaus eine ernste Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den Euro aus.**

Gefahr aus Ost-Europa

Stand: 1. März 2009 ¹

Land	Industrie- produktion ²	Exportab- hängigkeit ³	Währungs- verlust ⁴
1. Bulgarien	-10,8 %	46,6 %	—
2. Estland	-20,7 %	52,5 %	—
3. Lettland *	-14,2 %	30,4 %	—
4. Litauen	-4,4 %	44,0 %	—
5. Polen	-7,7 %	33,1 %	-23,3 %
6. Rumänien *	-17,5 %	24,2 %	-16,7 %
7. Slovakei	-16,7 %	77,4 %	—
8. Slowenien	-17,5 %	63,7 %	—
9. Tschechien	-13,0 %	70,3 %	-7,1 %
10. Ungarn *	-9,9 %	68,8 %	-19,7 %

¹ Quelle: EuroStat, zitiert nach Spiegel – 13/2009, Seite 95.

² Rückgang im Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat.

³ Wert der Waren-Ausfuhren in % des BIPs (Stand 2007).

⁴ Verlust zum Euro im Vergleich zum 10.9.2008. Nur bei Ländern, die nicht zur Euro-Zone gehören oder an den Euro gekoppelt sind.

► 01.02.2009 (khd/d-radio). In Belém (Brasilien) ging das Weltsozialforum – die Gegenveranstaltung zum Davoser-Forum – zu Ende. Hier war man nicht so ratlos. Die mehr als 100.000 Teilnehmer riefen zum Abschluß zu einem weltweiten **Aktionstag am 28. März für eine soziale Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise** auf. Das gesamte Finanzsystem müsse auf völlig neue Füße gestellt werden, heißt es. „*Der globale Reichtum muß endlich umverteilt werden*“, sagte Alexis Passadakakis vom Netzwerk Attac Deutschland in Belém.

Auf dem Weltsozialforum wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet. Dieser sehe vor, „daß das Finanzsystem öffentlich und demokratisch kontrolliert sein muß und nicht profitorientiert sein darf“. Unter dem Dach der Vereinten Nationen „und nicht beim Internationalen Währungsfonds IWF“ müßten umgehend folgende Schritte vereinbart werden: Die Gründung einer internationalen Steuerbehörde, die Stabilisierung von Wechselkursen und ein Mechanismus zur Schuldenstreichung, insbesondere für die Länder des Südens. Zudem müßten alle Steueroasen geschlossen werden. [38]

21. Woche nach dem L-Crash

► 02.02.2009 (khd/ag). **Das chinesische Wirtschaftswunder gerät total ins Wanken.** Wegen der Finanzkrise und des Einbruchs der Exportwirtschaft haben in China bereits rund 20 Mio. Wanderarbeiter ihre Arbeitsplätze verloren, obwohl die Chinesen ihre Wirtschaft seit November mit einem Konjunkturpaket (Volumen mehr als 400 Mrd. Euro) unterstützten. Die exportorientierte chinesische Wirtschaft ist vom weltweiten Einbruch der Nachfrage besonders stark betroffen, Tausende Fabriken wurden schon geschlossen.

Die Regierung in Peking befürchtet soziale Unruhen, wenn die Arbeitslosigkeit unter den 130.000 Wanderarbeitern weiter ansteigen sollte. Sie hat schon ihre „Volksbefreiungsarmee“ aufgefördert, den Befehlen der Kommunistischen Partei unter allen Umständen zu folgen. Das weckt sehr böse Ahnungen . . .

► 02.02.2009 (khd/ftd). Auch **Kasachstan verstaatlicht** als Folge der Finanzkrise 2 seiner führenden Banken. Bei der größten kasachischen Bank BTA wird der Staat um die 78 % übernehmen.

► 02.02.2009 (khd/dw/d-radio). **Island hat ein Übergangskabinett** aus Sozialdemokraten und Links-

Grünen nach dem Zusammenbruch der konservativen Regierung gebildet. Die Regierung der neuen Ministerpräsidentin Johanna Sigurdardottir soll bis zur vorgezogenen Neuwahl Ende April im Amt bleiben soll. Sigurdardottir kündigte an, als eine ihrer ersten Amtshandlungen werde sie die Führung der Zentralbank entlassen. Der marktradikale Notenbankgouverneur David Oddsson wird von der Bevölkerung mitverantwortlich für die Krise Islands gemacht.

► 02.02.2009 (khd/djn/d-radio). Die Bundesregierung hat die europäischen Staaten der Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) für den 22. Februar nach Berlin eingeladen, um über die Bewältigung der Finanzkrise zu beraten. An dem Treffen von Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland werden auch Spanien und die Niederlande teilnehmen, die nicht zu den G20 zählen. Das Treffen sollte der **Vorbereitung des 2. Weltfinanzgipfels** am 2. April in London dienen, heißt es.

► 03.02.2009 (khd/welt/d-radio). Das seit 20 Jahren in Arbeit befindliche **Umweltgesetzbuch (UGB) sei gescheitert**, heißt es aus Berlin. Bayern hat „njet“ dazu gesagt. Eine bayerische „**Minderheitenregierung**“ kujoniert also die ganze Republik. Es wird nun auf die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin ankommen, ob das große Reformwerk UGB doch noch Realität wird. Außerdem reichen im Bundestag die Stimmen von CDU + SPD, um das UGB Gesetz werden zu lassen. [40]

Wir erinnern uns: Schon 1949 hat die bayerische CSU zu einem wichtigen deutschen Gesetz nein gesagt. Dennoch konnte sie damals mit ihrem Nein das Grundgesetz – unsere wegweisende Verfassung – nicht verhindern. Und zum Wohle Deutschlands sollte jetzt der Bundestag das UGB auch ohne CSU beschließen. Denn ganz offensichtlich habe die CSU noch nicht erkannt, daß ein bundeseinheitliches UGB – mit hohen Umweltschutzstandards als Richtschnur – für die deutsche Volkswirtschaft einen erheblichen Wettbewerbsvorteil bringt, dem nach der Weltwirtschaftskrise eine ganz besonders wegweisende Rolle zukommen kann (neue Arbeitsplätze in einer Industrie, die umweltverträgliche und klimaverträgliche Verfahren in alle Welt exportieren könnte), sagen Politikbeobachter mit Durchblick.

Im ganzseitigen **Tagesspiegel-Interview** (8.2.2009, [44]) mit Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) wird dann deutlich, das Bayern und ein Herr Söder in der Tat vom inte-

grierten Umweltschutz und dessen volkswirtschaftlicher Bedeutung sehr wenig verstehen. Diese Södersche „Märchenstunde“ (Greenpeace) wird der CSU im Wahlkampf noch mächtig auf die Füße fallen. Denn UGB-regulierter Umweltschutz ist *das* Mittel, um die deutsche Volkswirtschaft nach der Weltwirtschaftskrise aufblühen zu lassen (nicht die Auto-Industrie!) und deshalb ein sehr wichtiges Wahlkampfthema. Mit von Sachkenntnis ungetrübtem Söder hat die CSU einen neuen ‚Problembär‘ – Glos läßt grüßen.

► 03.02.2009 (khd/welt). Die **Finanzkrise erschüttert das Vertrauen der Bundesbürger in die Altersvorsorge** – egal, ob gesetzliche oder private Rente. 46 % der Deutschen sorgen sich seit der Krise verstärkt um ihre gesetzlichen Rentenansprüche, teilt das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) in seiner Vorsorge-Studie mit. Jeder Vierte macht sich zudem mehr Sorgen um die private Altersvorsorge, die meist auf dem ‚Glücksspiel‘ mit Aktien-Anlagen beruht.

► 04.02.2009 (khd/d-radio). Auch der zweitgrößte deutsche **Versicherer Ergo hat sich im vergangenen Jahr verzoxt**. Das zur Münchener Rück gehörende Unternehmen verdiente nur noch 92 Mio. Euro nach 781 Mio. im Jahr 2007 (vorläufigen Zahlen). Hauptgrund für den Gewinn-Rückgang waren Einbußen um fast 50 % im Kapitalanlageergebnis.

► 04.02.2009 (khd/d-radio). Der Modelleisenbahn-Hersteller **Märklin aus Göppingen ist pleite**. Die britische Heuschrecke Kingsbridge Capital und Goldman Sachs haben seit 2006 dem 150 Jahre alten Traditionsunternehmen den Rest gegeben – mit hohen Beraterkosten ausgesaugt. Die Kreissparkasse Göppingen und die Landesbank Baden-Württemberg hätten daher eine Kreditlinie von 50 Mio. Euro nicht mehr verlängert, heißt es.

Die Januar-Löhne für die rund 650 Mitarbeiter konnten nicht mehr bezahlt werden. Auf Staatshilfen via „Abwrackprämie“ für kaputte Modell-Loks kann Märklin nicht hoffen, höchstens auf einen seriösen Investor.

► 04.02.2009 (khd/d-radio). **In Irland ist die Zahl der Arbeitslosen auf ein Rekordhoch gestiegen**. Im Januar waren 326.100 Menschen ohne Job. Das ist der höchste Stand seit Einführung der Statistik 1967 und ein Anstieg von 33.000 im Vergleich zum Dezember. Die Arbeitslosenquote kletterte damit von 8,3 auf 9,2 % – immer noch 5 % weniger als in Berlin (14,2 % im Januar).

► 05.02.2009 (khd/djn). Die **Finanzkrise wird noch mehr Geld verschlingen als bisher angenommen**. Das ist die Einschätzung des ehemaligen US-Notenbankchefs Paul Volcker. Der Kreislauf, der das Vertrauen im Bankensystem untergraben habe, müsse aufgebrochen werden, sagte Volcker am Mittwoch (Ortszeit 4.2.2009) bei einer Anhörung vor dem Bankenausschuß des US-Senats. Dies werde nicht billig, es werde noch weitere Milliarden Dollar kosten.

► 05.02.2009 (khd/faz). Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet heute über ein **riskantes Angebot der Frankfurter Sparkasse**, die offensichtlich noch immer keine Lehren aus der Finanzkrise gezogen hat. Denn diese Sparkasse bietet ihren Kunden Papiere „Credit Linked Note auf Daimler AG der Commerzbank AG“ an. Die 6-%-Rendite gäbe es aber nur, wenn „in Bezug auf die Daimler AG als Referenzschuldner kein Kreditereignis eintritt“, schreibt die Bank im Prospekt. Dabei geht es darum, daß die Commerzbank auf diese Weise Forderungen gegenüber Daimler in ihrem Bestand an die Kunden der Frankfurter Sparkasse loswerden möchte. Eine solide Anleihe ist das nicht. [41]

► 05.02.2009 (khd/info-radio). **Osteuropäische Währungen haben in den letzten 6 Wochen drastisch an Wert verloren**. Für 1 Euro gab es erstmals seit Juni 2004 wieder mehr als 4,60 polnische Zloty (–28 %), die Tschechen mußten mehr als 28,50 Kronen für 1 Euro bezahlen (–12 %) und Ungarns Währung sank auf den tiefsten Stand aller Zeiten mit 304 Forint je Euro (–19 %). Ein Ende der Talfahrt ist nicht abzusehen.

Die Abwertung der Währungen läßt die Auslands-Schuldenlast steigen und verstärkt zugleich die Kapitalflucht aus diesen Ländern, was die ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage weiter verschärft. Bei Verbrauchern wie Unternehmen löst das zunehmend Existenzängste aus, weil viele von ihnen Kredite in Euro oder Schweizer Franken tilgen müssen.

► 05.02.2009 (khd/d-radio). Die **Deutsche Bank hat 2008 einen Verlust von 5,7 Mrd. Euro vor Steuern gemacht**. Allein im 4. Quartal lag das Minus bei 4,8 Mrd. Euro. Nach Steuern ergibt sich für das größte deutsche Geldinstitut ein Minus von 3,9 Mrd. Euro. Dennoch soll es eine Dividende von 50 Cent geben, 4 Euro weniger als im Vorjahr.

Aber Chef Ackermann hat noch immer nichts gelernt. Auf der Bilanz-Pressekonferenz sprach Ackermann auf Fragen von Jour-

nalisten schon wieder von 25 % Rendite – in 2, 3 Jahren. Und dieser Ignorant durfte im Herbst 2008 die Bundesregierung bei der Entwicklung des Finanzmarktstabilisierungs-Gesetzes beraten . . .

144. Tag nach dem L-Crash

► 06.02.2009 (khd/hbl). Die **Commerzbank hat eine eigene ‚Bad Bank‘ für faule Wertpapiere gegründet**. Das Modell orientiert sich an der Praxis der jüngst übernommenen Dresdner Bank, die eine derartige Abwicklungseinheit bereits 2002 gegründet hatte. Der Schritt entlastet die Commerzbank nicht von den Risiken und bürdet sie auch nicht dem Steuerzahler auf. Die Wertpapiere blieben im Besitz der vom deutschen Staat bereits massiv gestützten Bank, heißt es.

► 06.02.2009 (khd/d-radio). **Bund und Länder sind generell einig über die Finanzreform**. Sie haben sich nach zweijährigem Streit im Grundsatz auf eine Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen verständigt. Danach wollen beide Seiten von 2020 an in normalen Zeiten keine neuen Schulden mehr machen. Im Grundgesetz soll es künftig für den Bund eine ‚Schuldenbremse‘ (Schuldengrenze) bei 0,35 % des BIPs geben. Letzte Details der Reform will die Föderalismus-Kommission II bis kommenden Donnerstag (12.2.2009) klären. Strittig soll noch auf Bundes-Seite das Finanzierungsmodell für die Zinshilfen an arme Länder (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein) sein. Nach einem Kompromißvorschlag sollen diese zwischen 2011 und 2019 jährlich insgesamt 900 Mio. Euro bekommen.

► 06.02.2009 (khd/welt/tsp). Der **Goldpreis erreicht mit rund 725 Euro/Feinunze (31,1 g) den höchsten Stand der Geschichte (23.350 Euro/kg)**. Seit der Jahrtausendwende ist der Goldpreis stetig gestiegen. Allein seit November 2008 beträgt die Preissteigerung 25 %. Zum Teil liegt das an der Schwäche des Dollar. Seit Zuspitzung der Finanzkrise hat sich der Preis aber vom ‚Greenback‘ entkoppelt. Immer mehr Anleger – institutionelle wie private – suchen wahre Werte als Absicherung gegen ein total zerrüttetes Finanzsystem, schwächelnde Währungen und verschuldete Staaten.

► 07.02.2009 (khd/d-radio). **In der globalen Finanzkrise besteht eine Gefahr für den Frieden**. So sieht das der Chef der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy. Die derzeitige Krise sei mit der in den 1930er-Jahren durchaus vergleichbar, sagte

Lamy der Zeitung *Die Welt*. Der Unterschied sei aber, daß sie sich heute noch schneller ausbreite und die Länder weltweit fast gleichzeitig erfasse. Politische Unruhen seien deshalb nicht auszuschließen. Einige Demokratien seien alt und somit stabil genug, um das zu überstehen. Andere würden aber mit inneren Unruhen und ethnisch-religiösen Konflikten zu kämpfen haben.

► 07.02.2009 (khd/d-funk/info-radio). Die **News Corporation des Medienmoguls Rupert Murdoch hat einen Milliardenverlust eingefahren**. Im 4. Quartal 2008 erzielte die Mediengruppe einen Verlust von 6,4 Mrd. Dollar (5 Mrd. Euro), wie Murdoch in New York mitteilte. Das Ergebnis spiegele das „düstere Wirtschaftsklima“ in der weltweiten Wirtschaftskrise wider. Der Abschwung sei jedoch „noch heftiger“ als gedacht. Im Vorjahreszeitraum hatte die News Corporation noch einen Gewinn von 0,8 Mrd. Dollar verbucht. Die Wertberichtigungen im Fernseh- und Zeitungsgeschäft summieren sich auf 8,4 Mrd. Dollar, der Umsatz fiel wegen der schwindenden Werbeerlöse um mehr als 8 % auf 7,9 Mrd. (6,2 Mrd. Euro). Tycoon Murdoch kündigte rigorose Sparmaßnahmen an.

Zur News Corporation gehören neben Zeitungen wie der britischen *Times* oder dem *Wall Street Journal* die TV-Sendergruppen *Fox* und *Sky* sowie das Online-Netzwerk *MySpace*. Murdoch hält zudem Anteile am deutschen TV-Bezahlsender *Premiere*, wo man mit Bangen nach New York blickt. Denn *Premiere* arbeitet noch immer defizitär.

► 07.02.2009 (khd/d-radio). **Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will die Bundesregierung verlassen**. Als Grund nennt der 64-jährige sein Alter. Es sollen aber die geplanten Verstaatlichungen von Banken gewesen sein, die er nicht mehr mittragen wollte. Nach einem Bericht der *Bild am Sonntag* soll er bereits seinen Parteichef Seehofer um Entbindung von der Ministerpflicht gebeten haben. Dieser soll das vehement abgelehnt haben.

Es ist noch unklar, was für ein Polit-Theater hier gut 7 Monate vor der Bundestagswahl (von der Kleinpartei CSU) gespielt wird. Tatsache ist, daß Glos in der gesamten Finanz- und Wirtschafts-Krise bislang keine gute Figur machte, was auch nicht verwunderlich ist. Denn der gelernte Müllermeister versteht so gar nichts von Volkswirtschaft. Glos ist in seinem Amt total überfordert – und das schon seit 2005. [43][45]

22. Woche nach dem L-Crash

► 09.02.2009 (khd/d-funk). Die bislang als muster-gültig geltende **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat 2008 offensichtlich wesentlich höhere Verluste** eingefahren als bislang bekannt (2,2 Mrd. Euro). Nun gibt es darüber Streit, wer das bezahlen soll. Im Gespräch sind 5 Mrd. Euro frisches Geld und ein neues Geschäftsmodell, was die LBBW dringend brauche.

► 09.02.2009 (khd/sp/d-radio). Immer mehr deutsche Traditionsbetriebe werden in die Pleite getrieben. Heute mußte der Radolfzeller **Wäschehersteller Schiesser Konkurs** anmelden. Zwar sei eine Restrukturierung gelungen und die Geschäftsentwicklung verlief zuletzt auch positiv, aber es fehlte dann die notwendige Anschlußfinanzierung, heißt es. Man hofft nun auf ein tragfähiges Sanierungskonzept.

► 10.02.2009 (khd/hbl/d-radio). Die Schweizer Großbank **UBS meldet für 2008 einen Rekord-Verlust von 19,7 Mrd. Franken** (rund 13 Mrd. Euro). Allein im 4. Quartal 2008 betrug der Reinverlust 8,1 Mrd. Franken (rund 5,4 Mrd. Euro). Da die UBS dennoch 2,2 Mrd. Franken an Boni („variable Lohnbestandteile“) ausschüttet steigt die Empörung von Bürgern im Blog der *Berner Zeitung* auf ungeahnte Höhen, denn die UBS hatte staatliche Hilfen zum Überleben erhalten. Die Schweizer Bank kündigte Entlassungen und eine strategische Neuausrichtung an.

Das Minus sei „hauptsächlich Verlusten auf Risikopositionen der Investment Bank zuzuschreiben“, meldet die UBS, was in Klartext heißt: Auch die UBS hat sich total verzockt. Bei einer Schweizer Bank („Hort der Stabilität“) verwundert das ganz besonders, und so schrieb ein Bürger im zitierten Blog: *„Heute vernichten in unseren Finanzpalästen verantwortungslose Bankers amerikanischen Zuschnitts wie beim Pokern in einem Saloon Milliarden und rufen dann nach Staatshilfe. Dieser Kulturwandel ist der Schweiz nicht gut bekommen.“*

► 10.02.2009 (khd/bz/d-radio). **Deutschland hat einen nagelneuen „WiMi“** – einen Bundeswirtschaftsminister vom Feinsten: Dr. jur. **Karl-Theodor** Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Wilhelm Franz Joseph Sylvester **Freiherr von und zu Guttenberg** (37 Jahre, aus Oberfranken, CSU). Er war bislang Außenpolitiker und Generalsekretär der bayerischen CSU. Daß er sofort im Radio-Interview ankündigte, sich nun verstärkt um steuerliche Entlastungen kümmern zu wollen, macht seine volkswirtschaftliche Naivität

deutlich. Denn das allerwichtigste in der große Krise ist jetzt, endlich den Interbanken-Handel (Geldmarkt) mit staatlichen Eingriffen zu revitalisieren, denn dieser funktioniert noch immer nicht – die Bundesregierung versagte hier bislang.

Besonders auffällig ist andererseits, daß – angesichts der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten – Bundeskanzlerin Merkel (CDU) das durch den Abgang von Glos entstandene Regierungs-Loch nicht mit externer Kompetenz füllen konnte (auch parteilose Nobelpreisträger können schließlich kreative Minister werden!). Und es wird immer deutlicher, daß die Union (CDU + CSU) kein durchdekliniertes Wirtschaftskonzept hat. Nur von „sozialer Marktwirtschaft“ zu reden, reicht nicht aus.

► 10.02.2009 (khd/d-radio). Die **Wirtschaftskrise würgt in Deutschland nun auch die Vorzeigebbranche Maschinenbau ab**. Für 2009 rechnet der Branchenverband VDMA mit einem Verlust von 25.000 Arbeitsplätzen. Die Fertigung dürfte um 7 % zurückgehen, sagte VDMA-Präsident Manfred Wittenstein heute in Frankfurt. Eine grundlegende Besserung der Lage sei kurzfristig nicht zu erwarten. Im 4. Quartal 2008 seien die Aufträge um 29 % eingebrochen – der stärkste Rückgang in einem Quartal seit Beginn der Erhebungen 1958. Vor allem Hersteller von Druck-, Textil- und Werkzeug-Maschinen seien in Schwierigkeiten geraten, heißt es.

► 10.02.2009 (khd/BoerseGo.de/d-radio). **In Europa ist die Zahl der Firmen-Pleiten bereits 2008 gestiegen**. Das teilte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform mit. Danach ist die Zahl der Insolvenzen in den 15 Euro-Staaten plus Norwegen und der Schweiz im Jahr 2008 um knapp 11 % auf gut 150.000 (2007: 135.500) Fälle gestiegen. Den höchsten Anstieg weisen Spanien (+139 %) und Irland (+121 %) auf.

Infolge der Weltwirtschaftskrise und den „Erschütterungen in der Finanzwelt“ sei aber 2009 mit einer deutlichen Zunahme der Firmen-Pleiten in sämtlichen europäischen Ländern zu rechnen. Creditreform rechnet mit einem Anstieg der Pleiten in West-Europa auf 170.000 bis 175.000, davon 30.000 bis 35.000 in Deutschland (2008: 29.800). Insolvenz bedeutet nicht nur Vernichtung von Vermögen, sondern immer auch von Arbeitsplätzen. 2008 verloren in West-Europa 1,4 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz.

► 10.02.2009 (khd/d-radio). Wg. der vielen noch im Umlauf befindlichen faulen „Wert“-Papiere („toxic

papers') **gerät die Krise immer mehr außer Kontrolle.** Deshalb richtet jetzt die US-Regierung doch eine „Bad Bank“ ein. Realisiert werden soll sie durch einen mit Staatsgeldern und privaten Investoren gemeinsam finanzierten Fonds im Umfang von bis zu 1 Billion Dollar (1.000 Mrd. Dollar).

Dieser Fonds soll schnellstens die von schwach-sinnigen Bankern erfundenen und verbreiteten ‚toxic papers‘ aufkaufen. Ob sich an diesem Fonds auch die Heuschrecken (Hedge- und PE-Fonds) beteiligen werden, blieb unklar. Es wäre ihre erste nützliche Arbeit fürs Gemeinwohl. Die Befreiung aller Geschäftsbanken von *allen* Derivat/Surrogat-Papieren sei unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die Weltwirtschaftskrise II überhaupt überwunden werden könne, sagen Marktbeobachter.

In der Tat müssen alle Banken schleunigst ‚entgiftet und desinfiziert‘ werden – auch in Deutschland. Vielleicht hat ja dafür der neue WiMi eine kreative Idee, mit der er Angela Merkel ausstechen könnte. Und natürlich müssen solche virtuellen – durch keine realen Güter gedeckten – Wertpapiere ganz grundsätzlich verboten werden. Die Volkswirtschaften brauchen solche Produkte nicht. Aber weder in Deutschland, noch in der EU, noch in den USA gibt es bislang dazu einen Gesetzesvorstoß – warum nicht? Will man etwa nach der Krise so weitermachen wie bisher?

► 10.02.2009 (khd/info-radio). **Der Weltbankchef befürchtet Verschärfung der Wirtschaftskrise:** Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise könnte den Welthandel in diesem Jahr nach Einschätzung von Weltbankpräsident Robert Zoellick noch stärker treffen als bisher befürchtet. Er glaube, daß „im gegenwärtigen Abwärtstrend weitere Risiken verborgen sind“, sagte Zoellick der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Er warnte vor einer Tendenz in vielen Staaten, den Heimatmarkt vor ausländischer Konkurrenz abzuschotten (Protektionismus): „*Wenn sich jedes Land hinter seinen Grenzen verschanzt, dann würde sich die schon gravierenden Krise weiter verschlimmern.*“

► 10.02.2009 (khd/ard). **Es wird deutlich weniger luftgerüst.** Bei der Lufthansa nahm die Zahl der Passagiere im Januar um knapp 7 % auf 4,7 Mio. ab. Die Auslastung ging von 76,5 auf 74,3 % zurück. Die Nachfrage im Frachtgeschäft brach im Januar den 2. Monat in Folge um mehr als 20 % ein. Die Frachtochter Cargo konnte ihre Maschinen nur zur Hälfte füllen.

► 11.02.2009 (khd/d-radio). **Soziale Unruhen wegen Finanzkrise befürchtet:** Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der UN erwartet angesichts der sich verstärkenden Finanzkrise weltweit soziale Unruhen. Diese Krise beschwöre Spannungen, politische Verunsicherung und womöglich Sicherheitsrisiken herauf. Besonders die europäischen und zentralasiatischen Staaten befänden sich wegen der drastischen Verringerung ihrer Wirtschaftsleistung in „einer gefährlichen Abwärtsspirale“, sagte gestern ILO-Leiter Somavia in Lissabon.

Allein in diesem Jahr könnten bis zu 50 Mio. Menschen wegen der Finanzkrise ihre Arbeit verlieren. Vor wenigen Wochen lag die Schätzung noch bei 40 Mio. Konjunkturprogramme müßten auf die Sorgen der Menschen um ihren Arbeitsplatz und ihre soziale Sicherheit eingehen und nicht nur die Belange der Banken berücksichtigen, forderte der ILO-Chef.

► 11.02.2009 (khd/d-radio). Der neue Wirtschaftsminister **Guttenberg will eine „ganz schnelle Lösung“** für die marode Münchner Hypo Real Estate (HRE). Wie er das erreichen will, wurde nicht mitgeteilt. Die HRE hat inzwischen vom SoFFin weitere 10 Mrd. Euro an staatlichen Garantien erhalten, die bis Juni reichen sollen. Somit hat die Hypo Real Estate seit Oktober 2008 bereits 102 Mrd. Euro an Kapitalhilfen und staatlichen Garantien bekommen. An der Börse ist die HRE nur noch 270 Mio. Euro wert!

► 11.02.2009 (khd/djn). Die **Finanzkrise wird sich noch weiter verschärfen**, denn: Nach einem Bericht der britischen Zeitung *Daily Telegraph* (11.2.2009) werden in einem geheimen – vom EcoFin gestern debattierten – Papier die problematischen Wertpapiere („toxic papers“) aller EU-Banken auf 16,3 Billionen Britische Pfund (rund 18.000 Mrd. Euro) geschätzt.

Das würde auch erklären, warum der Interbanken-Handel noch immer nicht funktioniert. Es bedeutet aber auch, daß es zwangsläufig zu einer weiteren Verschlimmerung der Krise kommen muß. Die Schätzung der gesamten zu erwartenden Abschreibungen zeigt, daß die Kosten für die Staatshaushalte (Schulden) sowohl absolut als auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten extrem hoch ausfallen und damit die meisten Volkswirtschaften überfordern werden. Woher soll denn auch das viele Geld kommen? Es wird wohl höchste Zeit, daß unsere Politiker ihr dämliches Parteien-Theater unterlassen und dem Volk reinen Wein einschenken und die Wahrheit sagen. [mehr]

150. Tag nach dem L-Crash

► 12.02.2009 (khd/dw/d-radio). **Rußland kürzt wg. der Finanzkrise die Militärausgaben:** Hatte Rußlands Regierungschef Putin vor kurzem noch eine „grandiose Modernisierung der Streitkräfte inklusive der Atomwaffen“ angekündigt, muß er jetzt die Militärausgaben wg. eines drohenden Haushaltsdefizits um 15 % zusammenstreichen. „Es ist gut möglich, daß dies nicht die letzte Entscheidung dieser Art für den Wehretat 2009 ist.“ Rußland droht u. a. wg. der wegbrechenden Rohstoffpreise einen Rückgang der Staatseinnahmen um 40 %.

► 12.02.2009 (khd/ots/d-radio). Im heute erschienenen Buch „Die neue Weltwirtschaftskrise“ (Campus Verlag, ISBN 978-3-593-38933-2) analysiert Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugman, wie es zur gegenwärtigen Krise kommen konnte und was jetzt – auch von deutscher Seite – dagegen unternommen werden muß:

„Aus unerfindlichen Gründen scheinen deutsche Spitzenpolitiker das ungeheure Ausmaß der Krise einfach nicht zu begreifen.“ Vor allem Peer Steinbrücks zunächst erfolgte Absage an schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme verhinderte ein koordiniertes europäisches Vorgehen in der Krise mit hochgradig destruktiven Folgen für die ganze Welt, schreibt Krugman.

► 12.02.2009 (khd/sp/info-radio). **Europa läuft in die Protektionismus-Falle:** Es gibt Zoff in der EU, da Sarkozy seine Autoindustrie schützt und Merkel und Steinbrück sich weigerten, einem gesamteuropäischen Plan für Konjunktur und Finanzsektor zuzustimmen, um dann ein protektionistisches Konjunkturpaket zu schnüren. [46]

Wenn aber die EU nicht endlich sehr energisch und geschlossen handelt, verlieren am Ende alle. Und dann könnte es bei sich verstärkender Krise angesichts schwacher Euro-Länder wie Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Irland sogar zu einem Währungsschnitt bei der Gemeinschaftswährung Euro – zu einem „Neu-Euro“ – kommen. [Hickel-Interview: Wenn Täter zu Therapeuten werden [34]]

► 13.02.2009 (khd/d-radio). **Weltwirtschaftskrise gefährlicher als Al Qaida:** Das ist die Ansicht des US-Geheimdienstes im aktuellen Jahresbericht. Sollte die Krise anhalten [Ed: und daran ist kaum zu zweifeln], dann wäre in manchen Ländern die politische Ordnung in Gefahr. Besonders in den ärmeren Län-

dern, den Ländern Afrikas und Lateinamerikas, den Ländern der früheren UdSSR bestehe die Gefahr der Instabilität, heißt es.

► 13.02.2009 (khd/djn/d-radio). **Die Weltwirtschaftskrise wird immer gefährlicher:** Die globale Wirtschaftskrise stellt nach Einschätzung des Präsidenten der Weltbank, Robert Zoellick, eine immer größere Gefahr dar, vor allem für die Schwellenländer. „Wir befinden uns inmitten einer langen Krise und wir brauchen langfristige Lösungen“, sagte Zoellick heute am Rande des Gipfels der Finanzminister und Notenbank-Gouverneure der 7 wichtigsten Industrieländer (G7) in Rom. Die Industrieländer sollten zwischen 0,7 % und 1,0 % ihrer Konjunkturpakete den Schwellenländern zur Verfügung stellen, forderte der Weltbankchef.

► 13.02.2009 (khd/info-radio). **Der Bundestag billigt 2. Konjunkturpaket:** Der Bundestag verabschiedete heute das Konjunkturprogramm (Einzelheiten siehe auf Seite 8), mit dem Deutschland die globale Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpfen will. Mit einem Volumen von 50 Mrd. Euro für 2009 und 2010 ist es das umfangreichste Konjunkturpaket der Nachkriegszeit (seit 1945). Das Gesetz sieht Investitionen, Wirtschaftshilfen sowie Steuer- und Abgabensenkungen vor. Enthalten sind in dem Paket auch die umstrittene „Abwrackprämie“ von 2500 Euro für Altkaros und der Kinderbonus von 100 Euro. Die Oppositionsparteien FDP, Grüne und Linke stimmten dagegen. Auch die Deutschen sind mehrheitlich dagegen, denn eine Infratest-Dimap-Umfrage ergab nur eine Zustimmung von 36 %.

► 14.02.2009 (khd/sp/info-radio). **Die Kritik an der Ausschüttung von Millionen-Boni an deutsche Bankmanager wird lauter.** Kanzlerin Angela Merkel forderte im *Spiegel*, das Bonussystem müsse klarer an den nachhaltigen Erfolg der Banken gekoppelt werden. Es sei unverständlich, daß Banken, denen der Staat unter die Arme greife, in vielen Fällen gleichzeitig riesige Bonussummen auszahlen. Arbeitsminister Olaf Scholz sagte dem Magazin, wo Arbeitnehmer auf Lohn verzichteten, könnten in der Finanzkrise nicht freigiebig Boni gezahlt werden.

Offensichtlich sind alle moralischen und ethischen Kategorien bei sehr vielen Bankern total abhandeln gekommen. Sie können – nach wie vor – nur in ihren „beschränkten Gleisen“ denken und agieren. Und vermutlich bedarf es erst kreativer Bürger-Aktionen, um diese Kaste, die nachhal-

tig mit ihrem Tun Volkswirtschaften ruinierten, endlich zur Besinnung und Einhalt zu bringen. Allerdings verwundert die Kritik von Frau Dr. Merkel sehr. Denn sie hätte ganz persönlich im Oktober 2008 bei der Herstellung des Finanzmarktstabilisierungs-Gesetzes (FMSStG) dafür sorgen können und müssen, solche absehbaren Boni-Zahlungen uneinsichtiger (man kann auch „ungezogener“ sagen) Banker durch Gesetzesvorgaben verhindern können. Genau das aber ist nicht geschehen. Oder liegt das Nichtstun daran, daß der Staat an allen Bonus-Zahlungen über die Einkommenssteuer kräftig mitverdient?

► 15.02.2009 (khd/info-radio). Die Münchner Hypothekenbank **Hypo Real Estate** – **eigentlich ja die ‚Hypo Unreal Estate‘** – **ist de facto pleite**. Zwar sind ihr seit dem Herbst über 100 Mrd. Euro an Garantien zugesprochen worden. Dem gegenüber steht aber derzeit nur noch ein Börsenwert dieses ‚Zocker-Ladens‘ von rund 250 Mio. Euro. Das ist ein Verhältnis von 400:1 oder mehr. Normalerweise würde die Staatsanwaltschaft längst wg. Konkursverschleppung ermitteln. Aber es ist eine für das (deutsche) Finanzsystem sehr wichtige Bank.

Inzwischen wurde auch bekannt, daß diese ‚**Unreal**‘ über 1 Billion Euro (1.000 Mrd. Euro) an Krediten ‚laufen‘ hat. Vermutlich sind viele davon ‚oberfaul‘. Der Staat muß also unverzüglich bei dieser Bank das Sagen übernehmen, sollen nicht riesige Volksvermögen verbrannt werden und mit dem Konkurs ein 2. Fall „Lehman-Brothers“ mit fürchterlichem Domino-Effekt entstehen. Da aber diese Heuschrecke „J. C. Flowers“ – ausgestattet mit einer Sperrminorität – bis zuletzt pokert und ihre Anteile nicht freiwillig verkaufen will, muß die Bank schleunigst nach Artikel 14 Grundgesetz enteignet werden. Das wäre auch ein erstes wichtiges Signal zum Vertreiben der für die deutsche Volkswirtschaft so schädlichen Heuschrecken.

6. Monat nach dem L-Crash 23. Woche nach dem L-Crash

► 16.02.2009 (khd/dw/d-radio). **Japans Wirtschaft ist fast total abgestürzt**. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt brach im 4. Quartal 2008 gegenüber dem 3. Quartal um 3,3 % ein, wie die Regierung heute in Tokio mitteilte. Damit war das japanische BIP das 3. Quartal in Folge rückläufig. In Relation zum gesamten Jahr betrug das Minus 12,7 %.

Hauptgrund dafür ist der wegbrechende Export. Angesichts der Weltwirtschaftskrise ist die Nachfrage nach japanischen Autos und Elektronikprodukten drastisch zurückgegangen. Hinzu kommt der rasante Höhenflug des Yen. Das Land in Fernost rutscht damit noch tiefer in die Rezession als bislang die USA und Europa. *„Das ist die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit“* [seit 1945], sagte dazu der japanische Minister für Wirtschafts- und Fiskalpolitik, Kaoru Yosano.

► 17.02.2009 (khd/info-radio). In einer neuen Analyse erwartet die Europäischen Kommission für dieses Jahr den **Verlust von 3,5 Mio. Arbeitsplätzen EU-weit**. Für Deutschland wird eine Zunahme von 0,5 Mio. bei den Arbeitslosen erwartet. Schon im Dezember war die Arbeitslosigkeit in den 27 EU-Staaten auf durchschnittlich 7,4 % gestiegen. In den 16 Ländern der Euro-Zone lag sie sogar bei 8,0 %.

► 17.02.2009 (khd/d-radio). **US-Präsident Obama unterzeichnet das Gesetz zum 787 Mrd. Dollar umfassenden Konjunkturprogramm**, über das es in den letzten Wochen reichlich Streit mit den konservativen Republikanern gegeben hatte. Dieser größte Konjunkturplan (624 Mrd. Euro) aller Zeiten ist seit heute in Kraft. Damit sollen innerhalb von 2 Jahren durch Infrastrukturmaßnahmen rund 3,5 Mio. Arbeitsplätze in den USA geschaffen bzw. gesichert werden. Die Wall Street allerdings zeigte sich unbeeindruckt und gab 3 % nach.

► 18.02.2009 (khd/d-radio). Das **Bundeskabinett beschließt auf der Basis von Artikel 14 unseres Grundgesetzes ein Bankenenteignungsgesetz** („Rettungsübernahme-Gesetz“), mit dem im Fall der Fälle die total marode Hypo Real Estate in Staatseigentum überführt werden kann (und wieder einen vernünftigen Namen erhalten wird).

► 19.02.2009 (khd/mm). **Der Hedgefonds Cerberus (New York) hat 2008 einen Verlust von 16 % erzielt**. Viele Anleger haben bereits ihre Fonds-Einlagen abgezogen, da nie mehr Renditen zwischen 16 und 27 % zu erwarten sein werden. Die Heuschrecke Cerberus hat sich total am Kauf von Chrysler verschluckt und geht in der Weltwirtschaftskrise einer ungewissen Zukunft entgegen. [49]

► 19.02.2009 (khd/d-radio). **Postbank tief in roten Zahlen**: Die größte deutsche Kundenbank erwirtschaftete 2008 einen Verlust von 821 Mio. Euro. 2007 hatte die Postbank mit 856 Mio. Euro noch in etwa so viel verdient, wie sie 2008

verloren hat. Der Großteil des Verlusts fiel mit 710 Mio. Euro im 4. Quartal nach dem Lehman-Crash an. Schuld waren vor allem Belastungen aus der Finanzkrise und Einmalverluste durch den vollständigen Abbau des Aktienbestandes, die sich insgesamt auf gut 1 Mrd. Euro summierten. Auch die Postbank hat sich also verzockt — Kunden sollten sich das merken.

Die Deutsche Post will sich von ihrer Banktochter trennen und tritt deshalb bald in einem 1. Schritt 22,9 % der Postbank an die Deutsche Bank ab. Im Gegenzug erhält die Post 8 % an Deutschlands größter Bank. In einem 2. Schritt will die Deutsche Bank dann die Mehrheit an der Postbank übernehmen.

► 19.02.2009 (khd/tsp/d-radio). Während die bislang hochgelobte **Landesbank Baden-Württemberg** (LBBW) 2008 mit einem Verlust von etwa 2,1 Mrd. Euro abschloß (wg. der Finanzkrise, sagte die LBBW gestern – wg. „saudämlicher Zockerei“ mit Kreditderivaten sagen neutrale Beobachter), hat die **Landesbank Berlin** (LBB) – trotz Krise – 2008 einen kleinen Gewinn von 29 Mio. Euro (nach Steuern) eingefahren. Die LBB ist Nachfolgerin der **Skandalbank BGB** und war 2007 für rund 5,3 Mrd. Euro vom Land Berlin an die Sparkassen verkauft worden.

► 19.02.2009 (khd/sp). **Eine positive Seite der Weltwirtschaftskrise:** In diesem Jahr wird die Produktion des Treibhausgases CO₂ (Kohlendioxid) um bis zu 8 % zurückgehen. Damit rechnen die Veranstalter des 4. **Extrem- Wetter-Kongresses**, der heute in Bremerhaven begonnen hat.

► 19.02.2009 (khd/cnn/d-radio). Der amerikanische Börsenindex **Dow Jones stürzte heute massiv ab**. Er erreichte mit 7465,95 den tiefsten Schlußstand seit dem Herbst 2002. Es wird erwartet, daß der Dow Jones in den kommenden Wochen weiter fallen wird. Auch am US-Arbeitsmarkt gab es einen Negativrekord: In der 1. Februar-Woche bezogen knapp 5 Mio. Menschen Arbeitslosenhilfe, so viele wie seit Beginn der Datenerhebung 1967 nicht.

Die gesamte Krise hat also offensichtlich ein sehr viel größeres Ausmaß als Politiker uns allen erzählen. Auch der deutsche DAX fällt und nähert sich bereits der 4000-Marke. Es darf vermutet werden, daß die 2. Phase des Absturzes begonnen hat. [**DAX-Prognose vom 26.10.2008**]

► 20.02.2009 (khd/info-radio). **Der Bundesrat billigt 2. Konjunkturpaket:** Nach wochenlangem Tau-

ziehen billigte der Bundesrat heute mehrheitlich das Paket gegen die weltweite Wirtschaftskrise im Umfang von rund 50 Mrd. Euro (Einzelheiten siehe in der PDF-Fassung auf Seite 8). Zusammen mit dem 1. Konjunkturpaket und anderen Hilfen summieren sich nunmehr alle deutschen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur auf mehr als 80 Mrd. Euro.

Das Gesetz sieht Investitionen, Wirtschaftshilfen sowie Steuer- und Abgabensenkungen vor. Enthalten sind in dem Paket auch die umstrittene „Abwrackprämie“ von 2500 Euro für Altfahrzeuge und der Kinderbonus von 100 Euro.

Kritiker sagen, daß das Konjunkturpaket II um Monate zu spät komme und – angesichts der enormen Schuldenlast bei Banken – niemals ausreichen werde, um eine schnelle Umkehr der wirtschaftlichen Lage zu bewirken. Deutschland werde sich auf weiteres Schuldenmachen einstellen müssen. [47]

► 20.02.2009 (khd/hbl). Der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern **Nestlé setzt in Zeiten der Konjunkturkrise auf preiswertere Produkte** und will damit seinen Wachstumskurs bei Umsatz und Gewinn fortsetzen. Die Strategie, spezielle Produkte für einkommensschwächere Konsumenten anzubieten, zahle sich in der Krise aus, erläuterte Finanzchef James Singh.

► 21.02.2009 (khd/sp). In Irland haben heute **100.000 Menschen gegen den Umgang der irischen Regierung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise demonstriert**. Die Demonstration in Dublin wurde vom irischen Gewerkschaftsbund veranstaltet. Der Bürgerunmut richtete sich vor allem gegen Sparmaßnahmen, mit denen die konservative Regierung von Premierminister Brian Cowen den Staatsbankrott abwenden will. Die Regierung wurde aufgefordert, die Geschädigten unter den Lohnabhängigen besser zu unterstützen.

Irland verzeichnete bis vor kurzem noch das rasanteste Wirtschaftswachstum in Westeuropa. Seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 ist das Land jedoch in eine tiefe Rezession gerutscht. Der Fall Irland zeigt, daß in dieser außergewöhnlichen Finanzkrise Länder innerhalb von nur wenigen Monaten vom Vorzeigeland Europas an den Rand des Staatsbankrotts abstürzen können. Auch Deutschland ist davor nicht gefeit. Giert doch allein die Münchner Hypo Real Estate nach 1000 Mrd. Euro an Staatsgeldern . . .

160. Tag nach dem L-Crash

► 22.02.2009 (khd/yahoo/d-radio). In Berlin findet der **Finanzgipfel der europäischen G20-Staaten** statt: „Wir haben heute nochmals unterstrichen, daß alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer lückenlos und unabhängig davon, wo sie ihren Sitz haben, einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt werden müssen“, heißt es in der Abschlusserklärung des deutschen Vorsitzes bei der Berliner Konferenz. Als besonderen Fortschritt wertete Merkel, daß man sich auch auf eine direkte Aufsicht über Hedgefonds und Rating-Agenturen, die Risiken bewerten, geeinigt habe. Sogar die Steueroasen will man nun energisch bekämpfen. Der Berlin-Gipfel diene der Vorbereitung der G20-Konferenz im April in London.

24. Woche nach dem L-Crash

► 23.02.2009 (khd/hbl). **Der CeBIT laufen die Aussteller davon.** Die Hannover Messe hat die Krise mächtig erwischt. Die weltgrößte Computermesse CeBIT, die Anfang März in Hannover ihre Pforten öffnet, muß 2008 einen dramatischen Aussteller-Rückgang von mehr als 25 % verkraften. Das zeigt, wie skeptisch die IT-Industrie, die kaum etwas Neues zu bieten hat, die Zukunft sieht.

► 24.02.2009 (khd/ag/d-radio). **Bundesbank-Chef Weber ermahnt die Berliner Politik,** keine neuen Milliardenprogramme für die Konjunktur zu beschließen. Auch Steuersenkungen auf Pump hält er für eine sehr schlechte Idee.

► 24.02.2009 (khd/sp/info-radio). Die **Lage der HSH Nordbank ist katastrophal.** Die Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein hat nach vorläufigen Zahlen für 2008 einen Verlust vor Steuern und Sanierungskosten von bis zu 2,8 Mrd. Euro eingefahren. Deshalb haben jetzt Hamburg und Schleswig-Holstein ein Rettungspaket von 13 Mrd. Euro geschnürt. 3 Mrd. Euro davon werden als Kapitalspritze gegeben, 10 Mrd. Euro als Staatsgarantie. Die HSH-Eigentümer hatten die Bank bereits 2008 mit insgesamt rund 2 Mrd. Euro gestützt.

Es gilt als ausgemacht, daß die HSH Nordbank noch wesentlich mehr Geld benötigen wird, da hier der Aufsichtsrats-Schlendrian noch größer als bei der BankGesellschaft Berlin gewesen sein soll. Damit sind die beiden Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein nun quasi bankrott und haben den Bund um Hilfe angerufen: „Steinbrück muß dringend eingreifen und Bundesmittel bereitstellen“, heißt es.

► 25.02.2009 (khd/djn/d-radio). Das Statistische Bundesamt bestätigt in 2. Veröffentlichung, daß das reale **Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2008** gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 2,1 % gesunken ist. Das ist der stärkste Einbruch der deutschen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung. Im Jahresdurchschnitt 2008 konnte aber noch ein Wachstum von 1,3 % (kalenderbereinigt: plus 1,0 %) erreicht werden. 2007 war die deutsche Wirtschaft noch um 2,5 % (plus 2,6 %) gewachsen.

► 25.02.2009 (khd/hb/info-radio). Die **Deutsche Bank hat bereits die Sperrminorität bei der Postbank erreicht.** Neben den 22,9 %, die die Deutsche Bank (DB) von der Deutschen Post gekauft hatte, hat die DB am Markt weitere Aktien aufgekauft (etwa 2,1 %), um bei der Postbank mitbestimmen zu können.

► 25.02.2009 (khd/d-radio). Die **Deutsche Post erzielte 2008 einen Verlust von 1,7 Mrd. Euro.** Als Hauptgrund dafür gilt das bereits seit Jahren defizitäre Engagement in den USA (Globalisierungsanstrengung der Post-Tochter DHL) sowie die großen Verluste bei der Post-Tochter Postbank. Die Postmanager werden für 2008 keine Boni erhalten.

Bis Ende 2010 sollen nun mindestens 1 Mrd. Euro eingespart werden, und dabei ist der Post-Service am Kunden in den letzten Jahren schon massiv abgebaut worden, wie die aktuelle Berliner Diskussion verdeutlicht: Nicht mal die simple Post-Zustellung klappt noch zuverlässig [51], obwohl die Preise kräftig gestiegen sind. Durch die Privatisierung der Deutschen Bundespost hat der Post-Kunde nur schwere Nachteile hinnehmen müssen (weniger Postämter, weniger Briefkästen, seltenere Briefkastenleerung, unzuverlässige Post-Zustellung usw. usw.).

► 25.02.2009 (khd/sp/tsp/dw/d-radio). Beim politischen Aschermittwoch gab sich **CSU-Chef Horst Seehofer** heute in Passau populistisch und gab raffigierigen Managern die Schuld an der Wirtschaftskrise. Als Verbraucherminister in Berlin war er hingegen immer wieder durch seine Lobbyisten-Hörigkeit und damit durch wenig verbraucherfreundliche Entscheidungen (Stichworte: Verbraucherinformationsgesetz, Ampel-Kennzeichnung von Nahrungsmitteln) aufgefallen. Seehofer betonte zugleich, die CSU sei „die Hüterin der sozialen Marktwirtschaft“ und sagte, nicht diese sei „gescheitert, sondern der Spekulationskapitalismus.“

Er verstehe nicht, daß einer [Kaiser's/Tengelman] Kassiererin [mit 31-jähriger Betriebszugehörigkeit] nach Urteil eines Landesarbeitsgerichts wegen [unbewiesener!] Veruntreuung von 1,30 Euro gekündigt werden dürfe, „**aber Manager, die Milliarden veruntreut haben, immer noch im Amt sind**“, sagte Seehofer in Passau.

Dieses Urteil wurde am 24. Februar 2009 in Berlin gesprochen – nicht etwa 1909. Noch im Gerichtssaal rief ein Zuschauer nach der Urteilsverkündung das böse Wort „Klassenjustiz“ (*Tagesspiegel* vom 25.2.2009, Seite 9), obwohl das Gericht sein Urteil zur „Verdachts-Kündigung“ mit der Erwartung eines Arbeitgebers „der absoluten Zuverlässigkeit und Korrektheit“ begründete. Eine solche aber haben deutsche Bürger auch an die Justiz – und daran hapert's. Insofern könnte die Vorsitzende Arbeitsrichterin Daniele Reber Geschichte gemacht haben. Denn dieses Urteil dürfte angesichts aufgestauter gesellschaftlicher Ungereimtheiten en masse noch reichlich politische Reaktionen hervorrufen.

Schon beim Berliner Bankenskandal wurde deutlich, daß sich die Justiz mit dem obskuren Agieren von Bankmanagern und Aufsichtsräten sehr schwer tat. Und seit dem Lehman-Crash (15.9.2008) ist es noch nirgends zu einer Anklage gekommen, obwohl das bislang öffentlich Bekannte in manchen Fällen wie bei der SachsenLB, BayernLB, Hypo Real Estate und HSH NordLB ausreichen dürfte, Bankmanager in den Gerichtssaal vorzuladen.

Heribert Prantl ahnte das bereits in der *SZ* vom 3. Dezember 2008, als er von der „**Krise des Strafrechts**“ sprach und zu dessen Zukunft feststellte: „*Ist es ein Recht für und gegen alle? Oder ist es ein Recht nur gegen die Unter- und Mittelklasse? Ein Recht, das sich in der gesellschaftlichen Stratosphäre auflöst, verdient diesen Namen nicht.*“ [12]

► 25.02.2009 (khd/sp/d-radio). Beim politischen Aschermittwoch gab sich **Linken-Chef Lafontaine** heute im saarländischen Wallerfangen kämpferisch. Er sieht in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch eine Chance zur Neuverteilung von Vermögen und für mehr Demokratie in den Betrieben. Durch die ungleiche Vermögens- und Einkommens-Verteilung in Deutschland sei die Grundlage für das Verzocken von Milliarden gelegt worden. Nur eine starke Linke könne dafür sorgen, daß die Verursacher zur Kasse gebeten würden und nicht Arbeitnehmer, Rentner und sozial Bedürftige die Zeche zahlen müßten. Die Sorgen der Großen Koalition in Berlin vor einer Inflation seien

unbegründet, sagte der ex-Bundesfinanzminister. Vielmehr bestehe die Gefahr einer **Deflation**.

► 26.02.2009 (khd/foc/d-radio). **Ex-Manager der maroden Hypo Real Estate (HRE) sind vor Gericht gezogen und wollen Geld.** Ex-Vorstandschef Georg Funke will die Zahlung von rund 150.000 Euro bei Gericht durchsetzen, und Ex-Vorstand Frank Lamby fordert 37.500 Euro. Der frühere Finanz-Vorstand Markus Fell klagt gegen seine fristlose Kündigung durch die Bank. Beim DSW schüttelt man nur den Kopf, und sagte heute: „*Diesen Bankernieten fehlt offensichtlich jegliche Spur von Anstand und Moral.*“ Immerhin sei unter ihrer Führung die HRE in eine Existenzkrise riesigen Ausmaßes gesteuert worden, die zudem noch via Deutschen Pfandbriefen die gesamte deutsche Volkswirtschaft bedroht. Insgesamt hat die HRE bislang 102 Mrd. Euro an Garantien und Kapital erhalten. Funke verdiente 2007 knapp 1,9 Mio. Euro.

► 26.02.2009 (khd/d-radio). Die von der Commerzbank übernommene einst so noble **Dresdner Bank** hat 2008 einen Verlust von 6,3 Mrd. Euro verbucht. Die Bank sei massiv durch die Finanzkrise belastet worden [in Klartext: hat sich verzockt!], teilte heute der Vorstand auf Basis vorläufiger Zahlen in Frankfurt mit. Der Verkauf der Dresdner Bank hat auch Europas größten **Versicherungskonzern Allianz** heftig getroffen. Der Konzern hat einen Verlust von 2,4 Mrd. Euro eingefahren.

► 26.02.2009 (khd/sp). **Al-Qaida äußert sich in einer Video-Botschaft zur Finanzkrise.** In der teils wirren Propagandarede wird die weltweite Krise als göttliche Strafe dargestellt. Denn Erlösung biete allein ein Wirtschaftssystem auf der Grundlage des Korans, heißt es. So ist im Islam etwa der Handel mit nicht-realen Gütern oder das Berechnen von Zinsen verboten. Bei jedem Geschäft müssen reale Werte gehandelt werden („Islamic Banking“).

► 27.02.2009 (khd/ftd/d-radio). Auch **Skandinavien ging Ende 2008 in die Rezession.** In Schweden sank das BIP im 4. Quartal 2008 verglichen mit dem 3. Quartal um 2,4 %, auf Jahressicht lag das Minus sogar bei 4,9 %. Die **dänische Wirtschaft** schrumpfte verglichen mit dem Vorjahr um 3,9 %. Für das Gesamtjahr bedeutet das ein Minus von 1,3 %. In **Finnland** gab die Wirtschaftsleistung zum Jahresende mit 1,3 % so stark nach wie seit 16 Jahren nicht mehr. Verglichen mit dem 4. Quartal 2007 lag das Minus sogar bei 2,4 %. **Norwegen** ist bislang das ein-

zige Land Skandinaviens, in dem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch nicht seit mindestens 2 aufeinanderfolgenden Quartalen zurückging.

► 27.02.2009 (khd/hbl/d-radio). Die **USA-Wirtschaft stürzt noch tiefer ab als gedacht**: Das BIP sank im 4. Quartal um 6,2 % (auf das Jahr hochgerechnet), was der stärkste Rückgang seit 1982 ist. Erwartet waren nur 5,4 %, da die US-Wirtschaft im 3. Quartal nur um 0,5 % geschrumpft war. Es wird – trotz des 800-Milliarden-Konjunkturprogramms – keine schnelle Erholung erwartet. Zum Vergleich: Auf das Jahr hochgerechnet brach das BIP zum Jahresende in Japan um 13 %, in Deutschland um 8,4 % ein.

► 27.02.2009 (khd/ftd/d-radio). Die einst weltgrößte Bank **Citigroup wird künftig von der US-Regierung kontrolliert**. Durch eine Umwandlung von Vorzugsaktien im Werte von 25 Mrd. Dollar in Stammaktien erhöht sich die amerikanische Staatsbeteiligung auf 36 %. Ohne diese wäre die Citigroup nicht mehr überlebensfähig gewesen.

25. Woche nach dem L-Crash

► 02.03.2009 (khd/wsj/ft/wdr). Die amerikanische **Versicherungsgesellschaft AIG ist de facto pleite**. Im 4. Quartal 2008 fuhr sie einen Rekord-Verlust von 60 Mrd. Dollar ein. Insgesamt betrug der Verlust 2008 über 100 Mrd. Dollar. Da es aber eine „systemische“ Versicherung ist, darf sie nicht pleite gehen. Deshalb erhält sie noch einmal vom US-Staat eine Kapital-spritze von 30 Mrd. Dollar, was vermutlich auch noch nicht ausreichen wird. Insgesamt hat AIG damit rund 180 Mrd. Dollar an staatlichen Geldern erhalten, ohne daß es bislang eine große Wirkung zeigte. Ein Zusammenbruch des einst weltgrößten Versicherungskonzerns würde aber für eine Katastrophe an den internationalen Finanzmärkten führen. Seit Herbst 2008 hält der US-Staat bereits rund 80 % an der AIG-Holdinggesellschaft.

Dieser außergewöhnliche Fall zeigt aber auch, daß wir nicht nur eine globale Finanzkrise, eine universelle Bankenkrise (mit Kreditklemmen) und eine Weltwirtschaftskrise haben, sondern vor allem der Kapitalismus westlicher Prägung derart in der Krise steckt, daß alle ‚normalen‘ Mittel nicht reichen werden, um die Volkswirtschaften allerorten wieder auf eine vernünftige Basis zu stellen.

Es muß etwas sehr grundsätzlich am System geändert werden – die **System-Frage** gestellt werden. Und sozialistische Planwirtschaft kann aber nicht die Ant-

wort sein, denn diese hat bekanntlich kläglich versagt und auch Unheil über Menschen gebracht. Es muß also schleunigst nach einem 3. rationalen Weg gesucht werden, bei dem der Handel mit non-realen ‚Werten‘ keine Rolle mehr spielt. Nur haben das noch immer nicht alle kapiert. [48]

► 03.03.2009 (khd/yahoo/d-radio). Nach Einschätzung des Deutschen Richterbundes sind die deutschen **Strafgerichte nicht in der Lage, die juristische Aufarbeitung der Finanzkrise in einer überschaubarer Zeit zu bewältigen**. „Durch die Finanzkrise kommt eine Welle extrem aufwendiger Strafverfahren auf die Justiz zu“, sagte der Vorsitzende des Richterbunds, Christoph Frank, der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (3.3.2009). Wenn die juristische Aufarbeitung effektiv bewältigt werden solle, bedürfe es deutlich mehr Spezialisten für Wirtschaftskriminalität in Staatsanwaltschaften und Gerichten. Hm, und warum gibt es die nicht schon längst?

170. Tag nach dem L-Crash

► 04.03.2009 (khd/hbl). **Erst jetzt ist der Bundesregierung aufgefallen**, daß Krisenbanken mit hohen Verlusten, die bereits staatliche Gelder erhalten haben, an stille Teilhaber für 2008 Gelder ausgeschüttet haben. Sie wollten ihre Investoren bei Laune halten. Insgesamt sollen Beträge in dreistelliger Millionen-höhe geflossen sein. Nun soll dagegen durchgegriffen werden. Künftig soll die Finanzaufsichtsbehörde BaFin die Ausschüttungen „aller Eigenmittelbestandteile“ verbieten können, die am Verlust teilnehmen“, heißt es in einem Schreiben des Bundesfinanzministers an den Finanzausschuß.

► 05.03.2009 (khd/d-radio). **Die Europäische Zentralbank (EZB) senkt den Leitzins auf 1,5 %** und kündigt weitere Zinssenkungen an, wenn das notwendig werden sollte.

Aber irgendwie kommen diese starken Zinssenkungen beim Privatkunden nicht an. So verlangt beispielsweise die Postbank noch Ende Februar 2009 für eine (geduldete) Konto-Überziehung 18,25 % – gut das 12-fache! Das ist Wucher! Ein weiteres Beispiel für ein total zerüttetes Finanzsystem, in dem der Wettbewerb nicht mehr funktioniert und der Endkunde geschröpft werden soll. [53]

► 07.03.2009 (khd/hbl). **Großbritannien erhöht seine Beteiligung an der angeschlagenen Großbank Lloyds auf bis zu 77 %**. Außerdem übernimmt der Staat 90 % der Wertverluste, die bei (obskuren) Wert-

papieren anfallen. Damit wurden Risiko-Papiere im Nennwert von 290 Mrd. Euro abgesichert. Bei der Konkurrenz Royal Bank of Scotland hat die britische Regierung bereits Papiere im Nennwert von 362 Mrd. Euro versichert, um die Kreditvergabe wieder anzukurbeln.

► 07.03.2009 (khd/d-radio). **Soll der deutsche Staat dem angeschlagenen Autobauer Opel helfen?** Wo doch Opel eine 100-%ige Tochter des kurz vor der Pleite stehenden US-Konzerns General Motors (GM) ist. Das war hierzulande in den beiden letzten Wochen das Schlagzeilen-Thema. Inzwischen ist darüber die Große Koalition entzweit – wg. des aufkommenen Wahlkampfes. Während die SPD für eine Sicherung der Opel-Arbeitsplätze durch schnelle staatliche Unterstützung ist, ist die Union (CDU + CSU) eher einem geordneten Insolvenzkurs für Opel zugeneigt.

Beigetragen hat dazu die Opel-Führung in Europa und den USA. Denn die Manager haben bislang nie die volle Wahrheit über ihre Situation erzählt, und sie konnten zudem noch nicht mal ein schlüssiges Opel-Sanierungskonzept präsentieren. Alles was die Opel-Führung verkündete wirkte bislang total chaotisch und unprofessionell (zunächst reichte eine Staats-Bürgschaft über 1 Mrd. Euro, woraus dann 3,3 Mrd. Euro wurden, zunächst totale Loslösung von GM, dann wieder GM-Teilhabe, zunächst sollten 3500 Arbeitsplätze verschwinden, nun sollen es vielleicht 7600 sein, usw. usw.). An diesem Wochenende wurde nun durch einen Vorab-Bericht des *Focus* zusätzlich bekannt, daß Opel in den letzten Jahren in Deutschland nie Steuern gezahlt habe. Etwaige Gewinne sollen danach immer geschickt an GM in die USA verschoben worden sein, um hierzulande reichlich Verluste ausweisen zu können – obwohl es einen Artikel 14 (Absatz 2) im Grundgesetz gibt.

Angesichts der wochenlangen Diskussion und der Tatsache, daß es in Deutschland eine viel zu große Autoproduktions-Kapazität gibt, wäre letztendlich jeder staatliche Euro für Opel herausgeworfenes Geld. Opel ist nicht mehr zu retten, es sei denn sie schaffen es selbst. Opel hat sich das durch ein schlechtes Management in den letzten Jahren selbst zuzuschreiben. Wenn die Bundesregierung aber noch etwas für die Volkswirtschaft tun will, dann soll sie schleunigst die Nachfrage richtig ankurbeln.

Übrigens: Weder die große AEG noch Bremer Vulkan (Werft) noch Telefunken wurden staatlich gerettet. Und Telefunken war so ziemlich das innovativste Unternehmen Deutschlands – so richtig „systemisch

bedeutsam“. Opel und GM konnten nie durch wirklich Innovatives glänzen.

► 07.03.2009 (khd/yahoo). **Die US-Bankenaufsicht hat seit 2007 insgesamt 45 Banken geschlossen** (2007: 3, 2008: 25, 2009: bislang 17).

► 08.03.2009 (khd/sp/d-radio). **Die Weltbank schlug jetzt Alarm.** Der globalen Wirtschaft drohe die „schlimmste Krise seit der Großen Depression“ (ab 1929). Die Weltbank warnt vor einer tiefen Rezession 2009 und einer Stagnation des Welthandels. Millionen Menschen stehen weltweit der Prognose zufolge vor existentiellen Nöten. Besonders hart werde es die Entwicklungsländer treffen. Dort werde [Ed: dank der ‚famosen Arbeit‘ dieser Bankmanager] die Armut stark zunehmen.

Die Weltbank erwartet für das laufende Jahr ein globales Wachstum von nur noch 0,9 % – nach 2,5 % 2008. Der Welthandel wird der Vorhersage zufolge erstmals seit 1982 schrumpfen. Beim Investitionsvolumen sei lediglich mit einem Zuwachs von 3,4 % zu rechnen. Vor 2 Jahren waren es noch 13 %. Die Weltbank empfiehlt allen Staaten die Nachfrage anzukurbeln, was hierzulande allerdings bei der Union und FDP aus ideologischen Gründen verpönt ist.

► 08.03.2009 (khd/tsp/taz/d-radio). An diesem Wochenende fand in Berlin ein Attac-Kongreß zum Thema „**Kapitalismus am Ende?**“ statt. Über 2000 Globalisierungskritiker suchten in der Technischen Universität nach einem Weg aus der Krise. Hauptredner Heiner Geißler (CDU + Attac) rät: „Mehr Propaganda, mehr Lärm“ müßten jetzt die Globalisierungskritiker machen, wollten sie in den Debatten zur Finanzkrise gehört werden.

Andere Redner wiesen auf die erneute „Schockstarre“ der gesamten Linken (nicht nur die Partei gleichen Namens) hin, in die sie auch jetzt – wie schon nach dem Zusammenbruch des ‚Sozialismus‘ – gefallen sei. Diese Sprachlosigkeit müsse jetzt sehr schnell durch ganz konkrete Forderungen überwunden werden, sollen nicht diese „Restituierten des Casino-Kapitalismus“ mit ihren „verquastenen Markt-Vorstellungen durchmarschieren“, wurde festgestellt. [52]

26. Woche nach dem L-Crash

► 09.03.2009 (khd/d-radio). Bislang wurden durch die fundamentale Krise des Kapitalismus, derzeit meist noch Finanz(markt)krise genannt, weltweit rund 50 Billionen Dollar an Vermögen vernichtet. Das sind

ausgeschrieben **50.000.000.000.000 Dollar** oder umgerechnet rund **40.000.000.000.000 Euro — perdu?** Errechnet hat das jetzt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) in Manila (Philippinen). Wo diese Werte nun stecken, teilte man nicht mit. Dieser enorme Betrag entspricht in etwa dem Wert der gesamten Jahres-Wirtschaftsleistung (BIP) der ganzen Welt.

Auch wenn bislang die Menschheit auf der Erde so dumm war, sich durch übelste Machenschaften einer elitären Politiker- und Manager-Kaste (das wahre „Reich des Bösen“) einen gesamten Jahresverdienst einfach so vernichten zu lassen, darf man sich nicht wundern, wenn es künftig vielerorts noch mehr Terror und Krieg geben wird, sollte es 2009 nicht gelingen, endlich ein vernünftiges und gerechtes Weltfinanzsystem zu erfinden und einzuführen.

Es sind vor allem die ärmsten Staaten – die ‚Entwicklungsländer‘ – die jetzt vor einer dramatischen Entwicklung stehen und es besonders verdienen, daß die reichen Länder (G20) endlich eine gerechte Welt-Wirtschaftsordnung auf die Reihe kriegen und nicht nur an sich selbst denken. Denn: *„Die Krise ist längst nicht mehr virtuell, sondern eine Sache von Leben und Tod. Menschen werden sterben, weil die Banken sich verzockt haben“*, kommentiert der Berliner *Tagesspiegel* (10.3.2009).

► 09.03.2009 (khd/sp). *Der Spiegel* erscheint mit dem Titel **„Der Jahrhundert-Fehler – Wie die Pleite einer einzigen Bank die Weltkrise auslöste“** (Heft 11/2009, Seite 40–52). Darin werden die Geschichte und die Hintergründe des Crashes der US-Investmentbank Lehman Brothers beleuchtet. Dieser ‚L-Crash‘ löste am 15. September 2008 die weltweite Bankenkrise aus, da seit dem zwischen den Banken wg. der vielen ‚ungedekten Schecks‘ (toxic papers) das Vertrauen völlig ruiniert ist, was auch bislang durch alle staatlichen Rettungsaktionen nicht wiederhergestellt werden konnte und zur „größten Weltwirtschaftskrise aller Zeiten“ (khd-research am 25.12.2008 beim Titel dieses Papers, wo sich das bereits abzeichnete) führte.

► 09.03.2009 (khd/yahoo/d-radio). **Die wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone hat sich weiter verschlechtert.** Mit einer Verbesserung sei nicht vor 2010 zu rechnen, sagte EU-Währungskommissar Joaquín Almunia in Brüssel. Der Kreditfluß in der Wirtschaft sei immer noch nicht in Gang gekommen. Der Vorsitzende der Finanzminister der Euro-Zone, Luxemburgs

Premier und Ressortchef Jean-Claude Juncker fügte hinzu: *„Wir befinden uns in einer sehr tiefen Krise.“*

► 10.03.2009 (khd/d-radio). Nach Ungarn und Lettland wird auch **Rumänien einen Notkredit von der EU** erhalten, denn der Balkanstaat steht kurz vor dem Staatsbankrott. Die Höhe wurde heute in Brüssel beim Treffen der EU-Finanzministern noch nicht festgelegt (vermutlich 6 bis 7 Mrd. Euro). Aus der Kreditlinie der EU-Kommission (derzeit 25 Mrd. Euro) waren bereits 6,5 Mrd. Euro für Ungarn und 3,1 Mrd. Euro für Lettland geflossen. Die EU hat für den sogenannten Notfallfonds keine eigenen Mittel, sondern muß diese erst selbst auf dem Markt als Kredit aufnehmen.

► 11.03.2009 (khd/d-radio). **Daimler und Infineon sind gezwungen die Kurzarbeit auszuweiten.**

► 11.03.2009 (khd/twitter/ag). Die New Yorker **Heuschrecke Cerberus wurde in Washington dreist und frech:** Banken können nach Ansicht der US-Beteiligungsgesellschaft Cerberus nur dann mit frischem Kapital von privaten Investoren rechnen, wenn sie sich schnell von toxischen Wertpapieren befreien. *„Geld von privaten Investoren kommt nicht zurück, solange der Müll im Bankensystem nicht aufgeräumt wird. Solange werden wir das*



Problem mit den Zombie-Banken haben“, sagte Cerberus-Verwaltungsratschef John Snow heute in Washington bei einer Anhörung. Der einstige US-Finanzminister betonte, kranke Finanzinstitute sollten nicht unnötig am Leben gehalten werden, sondern müßten in die Insolvenz gehen.

Cerberus scheint total vergessen zu haben, wie es dazukam, daß es diese nun ‚toxic papers‘ überhaupt gibt und damit spekuliert wurde. Auch scheint Cerberus noch immer nicht klar zu sein, daß dieser Private-Equity-Fonds Cerberus allein durch seine Existenz und seine unsauberen Geschäftspraktiken sowie sein krankes Gewinnstreben kräftig beim Entstehen der globalen Finanz- und Banken-Krise mitwirkte – also Mit-täter ist. Und deshalb rief dieser unverschämte Cerberus-Rat zumindest in Europa energisches Kopfschütteln hervor. EU-Abgeordnete gaben inzwischen in Straßburg den Gegenrat, diese „Ausgeburten des schnellen Dollars“ wie Cerberus et al. mögen doch schleunigst „für immer von der Bildfläche verschwinden“.

Die Landesbanken haben sich total verzockt

Stand: 1. März 2009 ¹

Landesbank	Abschreibungen ²	Rettung mit	Rettungsmaßnahmen
1. BayernLB	5,2 Mrd. Euro	10,00 Mrd. Euro 15,00 Mrd. Euro	Kapitalhilfe des Landes Bayern. Staatliche SoFFin-Garantien des Bundes.
2. LBBW ³	5,1 Mrd. Euro	5,00 Mrd. Euro 17,30 Mrd. Euro 2,75 Mrd. Euro	Geplante Kapitalerhöhung der Eigentümer. Rettungsschirm der Sparkassen-Finanzgruppe für die Sachsen LB. 2008 gegebene Garantien des Landes Sachsen für die Sachsen LB.
3. HSB Nordbank	2,9 Mrd. Euro	3,00 Mrd. Euro 10,00 Mrd. Euro 30,00 Mrd. Euro 0,66 Mrd. Euro	Kapitalhilfe der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Garantien von Hamburg und Schleswig-Holstein. Staatliche SoFFin-Garantien des Bundes. Kapitalerhöhung durch die beiden Länder und Sparkassen.
4. WestLB ⁵	2,4 Mrd. Euro	2,00 Mrd. Euro 5,00 Mrd. Euro	Kapitalhilfe der Eigentümer. Garantien der Eigentümer.
5. HeLaBa	0,5 Mrd. Euro	0,00 Mrd. Euro	Bislang sind keine Rettungsmaßnahmen oder Speziallösungen erforderlich geworden.
6. NordLB	0,4 Mrd. Euro	0,00 Mrd. Euro	
7. LBB ⁴	0,1 Mrd. Euro	0,00 Mrd. Euro	
Summe:	16,6 Mrd. Euro	100,71 Mrd. Euro	Hm, warum ist das so viel mehr?.

¹ Quelle: Bloomberg, zitiert nach Spiegel – 11/2009, Seite 76.

² Und das wird noch nicht alles gewesen sein!

³ Inklusive Sachsen LB, die 2008 von Sachsen in einer Nacht- und Nebel-Aktion an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) verkauft wurde.

⁴ Landesbank Berlin, die seit 2008 den Sparkassen gehört. Es ist die eingewaschene frühere Skandal-BGB.

⁵ Von den Eigentümern ist eine Fusion mit der HeLaBa (Hessischen Landesbank) in Frankfurt am Main gewünscht.

In der Tat ist es nun Sache der Staaten, die Banken mit Kapital zu versorgen, nachdem der Finanzmarkt – auch durch das Agieren der Hedge-Fonds – zusammenbrach. Die Cerberus-Anleger können ja ihr Geld in Staatsanleihen stecken und so ehrliche Renditen erzielen. Viele Banken rund um den Globus brauchen angesichts der massiven Abschreibungen dringend frisches Eigenkapital. Dieses können sie sich aber derzeit nicht am Kapitalmarkt beschaffen, da das Vertrauen in die Banken zerstört ist. Weltweit schießen Regierungen deshalb Milliarden in Geldhäuser, um sie vor dem Untergang zu retten.

► 12.03.2009 (khd/d-radio). **Im Februar erreicht die Wirtschaftskrise auch die Steuereinnahmen.** Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum seien die Einnahmen um 6,6 % auf 37 Mrd. Euro gesunken, teilte das Bundesfinanzministerium in Berlin mit. Im Januar 2009 wurden noch 3,4 % mehr an Steuern eingenommen.

► 12.03.2009 (khd/d-radio). **Die WestLB in Düsseldorf steht vor einem Notverkauf.** Ein „Plan B“ sehe vor, Teile zu verkaufen, wenn eine Fusion mit

einer anderen Landesbank nicht gelinge, sagte NRW-Finanzminister Linssen (CDU) dem Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags. Erhofft werde ein Zusammengehen mit der Hessischen Landesbank (HeLaBa) in Frankfurt am Main. Dafür stehen die Zeichen aber schlecht. [Zur Situation der Landesbanken (siehe oben)]

► 13.03.2009 (khd/d-radio). Experten rätseln inzwischen, **ob die Krise eine U-Krise oder eine L-Krise sei.** Bei einer Krise mit einem Konjunkturverlauf in Form des Buchstaben „U“ (auch ‚Badewannenkurve‘ genannt) geht es bald wieder bergauf, und der Staat muß durch frühzeitiges Handeln (Konjunkturprogramm) die Talsohle abfedern. Bei einer L-Krise hingegen bleibt die Wirtschaft längere Zeit am Boden, und der Staat muß sich überlegen, wie er beispielsweise im 2. und 4. Jahr der Krise noch gegensteuern will.

Derzeit kann noch niemand sagen, ob die derzeitige Weltwirtschaftskrise nach einem „U“ oder einem „L“ verläuft. Bundeskanzlerin Merkel neigt offensichtlich der L-Krise zu, denn sie hat in diesen Tagen aktu-

elle amerikanische Forderungen nach weiteren deutschen Konjunkturmaßnahmen strikt abgelehnt.

► 13.03.2009 (khd/d-radio). **Bundespräsident Horst Köhler hat dazu gemahnt**, die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht herunterzuspielen. Man solle sich nichts vormachen und nichts beschönigen, sagte er in Anwesenheit von König Juan Carlos zum Abschluß seines Spanien-Besuches in Madrid. Die Krise könne überwunden werden. Sie werde aber tiefer ausfallen und länger dauern als noch vor einiger Zeit gedacht, und die Arbeitslosigkeit werde enorm steigen. Also neigt auch der Bundespräsident und Ex-Banker der Annahme einer L-Krise zu.

180. Tag nach dem L-Crash

► 14.03.2009 (khd/dw/d-radio). Die **Finanzminister der G20-Länder beraten bei London** über eine gemeinsame Linie für den G20-Gipfel am 2. April. Dabei geht es um Lösungen zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise. Erhebliche Differenzen herrschen zwischen Ländern wie den USA, China oder der Europäischen Union, da diese unterschiedliche Schwerpunkte im Kampf gegen die Krise setzen. Die USA etwa hatten zusätzliche Investitionsprogramme gefordert. Deutschland lehnt dies strikt ab.

In der Abschlusserklärung des Vorbereitungstreffens finden sich die von den Europäern gewünschten Erkenntnisse zu einer lückenlosen internationalen Regulierung der Finanzmärkte. Die von den USA pro-

pagierten zusätzlichen Konjunkturprogramme werden hingegen nationalen Abwägungen überlassen. Außerdem vereinbarten die Teilnehmer eine Stärkung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und versprochen Hilfen für von der Krise betroffene Entwicklungsländer.

► 14.03.2009 (khd/sda). **Zehntausende Menschen protestierten in Spanien** gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die amtliche Arbeitslosenquote ist schon jetzt auf 13,9 % gestiegen (Deutschland 8,5 %). Die Gewerkschaften fordern von der sozialdemokratischen Regierung eine Politik zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen.

► 15.03.2009 (khd/sp). Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger will **Kurzarbeit ausweiten**, um Arbeitsplätze zu schützen. Gleichzeitig fordert er ein milliardenschweres Bildungs- und Infrastruktur-Programm. Er setzt sich für eine weitere Verlängerung der Kurzarbeit von derzeit 18 auf 24 Monate ein. Das Instrument der Kurzarbeit habe bisher verhindert, daß die Wirtschaftskrise bereits voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen hat, sagte er in einem Interview mit den *Nürnberger Nachrichten*.

Nach dem ersten halben Jahr der Krise endet hier dieser 3. Teil des Krisen-Tagebuchs. Inzwischen ist klageworden, daß es sich um eine länger anhaltende Krise handeln wird. Auch wird es immer deutlicher, wir haben es mit einer fundamentalen Systemkrise zu

Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil: »Der Markt hat's nicht gerichtet«.**
Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil: »Und die Finanzkrise geht weiter«.**
Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil: »Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise«.**
Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil: »Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten«.**
Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil: »Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise«.**
Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 516 kByte)

tun. Und es wird wohl nichts anderes übrigbleiben, das Finanzsystem neu zu erfinden – diesmal zum Wohle aller Menschen auf der Erde. Es fällt allerdings auf, daß sich die Heerscharen von Wirtschafts-Professoren mit Lösungsvorschlägen sehr zurückhalten.

Und so sieht es noch immer so aus, daß sich die Staats- und Regierungschefs auf keine wirklich wegweisende neue Welt-Finanzordnung verständigen werden. Eine Ordnung, die die seit dem Lehman-Crash (15.9.2009) überdeutlich gewordenen negativen Sei-

ten des Kapitalismus (Marktradikalismus, [54]) nachhaltig vermeidet. Wir werden sehen, was auf dem Welt-Finanzgipfel der G20-Staaten ab 2. April 2009 in London passiert.

Weiter geht es derzeit im Internet unter:

http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_34.html#FK_557

Mehr zu diesem Thema (Links)

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [22.11.2005: Arbeitslosigkeit unter der Großen Koalition] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_059.pdf
- [02] [30.11.2005: Die Bundestagswahl 2005] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Ex/BT-Wahl_2005.html
- [03] [2007–2008: Finanzkrise 2007/2008] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [04] [15.09.2008: Ein Finanzkrisen-Blog] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [05] [20.09.2008: Der Markt hat's nicht gerichtet] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf
- [06] [17.10.2008: Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz] (BUNDESGESETZBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Docs/FMStG-2008__bgb108s1982.pdf
- [07] [05.11.2008: Habermas macht Politik für Finanzkrise verantwortlich] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_22.html#ZEIT_1
- [08] [09.11.2008: Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf
- [09] [23.11.2008: Kritiker des Neoliberalismus sehen sich durch die Krise bestätigt] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_24.html#TASP_3
- [10] [23.11.2008: Kommentar zur epochalen Finanz- und Wirtschaftskrise] (DIE WELT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_24.html#WELT_2
- [11] [25.11.2008: OECD sieht Deutschland 2009 tief in der Rezession] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_24.html#
- [12] [03.12.2008: Straftat Geldverbrennung – Die Justiz und die Finanzkrise] (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)
URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/258/449981/text/> (s. auch Seite 16) *oder*
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_26.html#SZ_1
- [13] [07.12.2008: John Maynard Keynes feiert das Comeback des Jahres] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_26.html#TASP_2
- [14] [08.12.2008: Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Flassbeck] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_26.html#TAZ_1
- [15] [13.12.2008: Die Linke in der Krise] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_28.html#TASP_1
- [16] [25.12.2008: Deutsche Bank legt sich mit der Kirche an] (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_28.html#SZ_1
- [17] [25.12.2008: Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf
- [18] [01.01.2009: Neue Banken braucht das Land] (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_29.html#SZ_1

- [19] [01.01.2009: Warum wir wieder mehr Ludwig Erhard brauchen] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_29.html#SP_1
- [20] [01.01.2009: Konjunkturprognosen im Überblick] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_29.html#SP_3
- [21] [07.01.2009: Der Abschwung wird deutlicher] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Facts/Pol_Facts_4.html#Qualitaet_7
- [22] [08.01.2009: Ökonomen erleichtert über Teilverstaatlichung der Commerzbank] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_29.html#SP_4
- [23] [09.09.2004: Cash im Casino] (DER SPIEGEL – 37/2004)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_03.html#Finanz_1
- [24] [12.01.2009: Koalition einigt sich auf 50 Mrd. Euro schweres Konjunkturpaket] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html#SP_1
- [25] [14.01.2009: Deutsche Bank in Turbulenzen – Ackermann setzt auf Risiko] (SPIEGEL ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,601297,00.html>
- [26] [15.01.2009: KPMG: Wir stehen vor einer längeren Krise] (HANDELSBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html#HBI_1
- [27] [15.01.2009: Spanien: Die Schreckenszahl 3 Millionen] (FAZ)
URL: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc-EA426A27FE2824EEDB30CB22AD0EBCE1B-AtPl-Ecommon-Scontent.html>
- [28] [16.01.2009: Wachsende Deflationsgefahr] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html#FTD_1
- [29] [16.01.2009: Finanzkrise hält noch lange an] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html
- [30] [17.01.2009: Deutschen Banken drohen weitere Milliardenverluste] (SPIEGEL – 4/2009)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html#SP_2
- [31] [16.03.1998: Monster Microsoft?] (DER SPIEGEL – 12/1998)
URL: <http://www.khd-research.net/Tech/Computer/Misc/Microsoft.html>
- [32] [25.01.2009: Angriff auf die Staatskasse] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_31.html#TASP_1
- [33] [26.01.2009: Isländer trommeln ihre Regierung aus dem Amt] (SPIEGEL ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,603540,00.html>
- [34] [28.01.2009: Hickel-Interview: Wenn Täter zu Therapeuten werden] (FREITAG)
URL: <http://www.freitag.de/2009/05/09050401.php>
- [35] [29.01.2009: London sucht wieder Europas Nähe] (DER STANDARD)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_31.html#STAND_1
- [36] [30.01.2009: Präsident Cool schaltet auf Angriff] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_31.html#SP_1
- [37] [31.01.2009: Bund bereitet Banken-Verstaatlichung vor] (FAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_31.html#FAZ_1
- [38] [01.02.2009: Weltsocialforum ruft zu Aktionstag wegen Finanzkrise auf] (GOOGLE-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html
- [39] [02.02.2009: Private-Equity-Branche räumt in der Krise ein] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html#
- [40] [03.02.2009: Große Koalition: Hauskrach wegen Umweltgesetzbuch] (DIE WELT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html#WELT_1
- [41] [04.02.2009: Keine Lehren aus der Finanzkrise] (FAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html#FAZ_1
- [42] [06.02.2009: Der Währungsschnitt droht] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html#TAZ_1
- [43] [07.02.2009: Glos: Selbstdemontage eines Amtsmüden] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_32.html#SP_1

- [44] [08.02.2009: Markus Söder im Interview] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Markus-Soeder-CSU-Umweltgesetzbuch;art122,2725723>
- [45] [08.02.2009: Merkel und Seehofer akzeptieren Glos-Rücktritt] (SPIEGEL ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,606286,00.html>
- [46] [12.02.2009: Europa läuft in die Protektionismus-Falle] (SPIEGEL ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,607056,00.html>
- [47] [16.02.2009: Gefahr für den Euro] (khd-page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [48] [18.02.2009: Der Kapitalismus ruiniert sich selbst] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_33.html#TAZ_1
- [49] [19.02.2009: Hedgefonds Cerberus machte vergangenes Jahr 16 % Verlust] (MANAGER MAGAZIN)
URL: http://www.khd-research.net/ThS/WPC/W-Privatisierungs_Chaos_16.html#MM_1
- [50] [22.02.2009: Die Kapitalmärkte müssen endlich global kontrolliert werden] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_33.html#TASP_1
- [51] [07.03.2009: Zustellung unmöglich – Unzuverlässige Post-Zustellung] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2745899>
- [52] [09.03.2009: Geißler rät Attac zu Propaganda] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_34.html#TASP_1
- [53] [12.03.2009: Beim Kappen der Sparzinsen sind die Banken schnell dabei] (DIE WELT)
URL: http://www.welt.de/welt_print/article3355179/Beim-Kappen-der-Sparzinsen-sind-die-Banken-schnell-dabei.html
- [54] [27.03.2009: Die Wut sucht ein Gesicht] (DER TAGESSPIEGEL).
Ein bemerkenswerter Kommentar zur aktuellen Situation.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_35.html#TASP_1

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 604 der Ausgabe der »khd-Page« vom 28. Dezember 2008 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung wird unter folgendem Pfad (URL) erfolgen: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#8> (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 25. Dezember 2008 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.